

# Sozialstruktur und System der Werthaltungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands\*

Von

Otto Stammer - Berlin

**Inhaltsverzeichnis:** I. Die unvollendete Sowjetgesellschaft S. 55. — II. Strukturwandel der Zonengesellschaft: 1. Die Veränderungen der „ökonomischen Basis“ und die Klassenstruktur S. 65. — 2. Organisationen überformen die Sozialstruktur S. 80. — 3. Konturen der neuen Oberklasse S. 89. — III. Das „neue gesellschaftliche Bewußtsein“ und die Prestigestruktur: 1. Die Einordnung der Menschen in die organisierte Gesellschaft S. 94. — 2. Die Manipulierung des Sozialprestiges S. 102.

## I. Die unvollendete Sowjetgesellschaft

Anläßlich der Feierlichkeiten des sechsjährigen Bestehens der „DDR“ („Deutsche Demokratische Republik“) im Oktober 1955 in Ostberlin verkündete der Mitarbeiter des Sowjetführers Chruschtschow, M. A. Suslow: „Die DDR ist durchaus kein geographischer Begriff; sie ist eine objektive, sehr wichtige Realität, die fest existiert, sich entwickelt, gedeiht und eine große Zukunft hat.“ Da auf Grund der bolschewistischen Gesellschaftsauffassung im Sowjetsystem Herrschaftsordnung und Gesellschaftsstruktur in engster Verbindung zueinander stehen, richtet sich die Zuversicht Suslows auf die Stabilität des ganzen gesellschaftlichen Systems der SBZ (Sowjetische Besatzungszone). Wie in der gesamten sowjetzonalen Propaganda wird hier der Eindruck erweckt, es handle sich bei der „DDR“ um ein selbständiges, funktionsfähiges, auf soliden gesellschaftlichen Fundamenten beruhendes, „volksdemokratisches“ politisches Gebilde, das, wie Ministerpräsident Grotewohl bei demselben Anlaß erklärte, den „Grundstein zum künftigen

---

\* Die hier vorgelegte Arbeit wurde auf Veranlassung von Professor Carl J. Friedrich, Harvard University, als Denkschrift und Unterlage für eine unter seiner Leitung stehende größere Arbeit über die SBZ angefertigt und in ihr verwertet.

Soweit Quellen nicht im einzelnen angegeben sind, beruft sich der Verfasser auf Berichte in der Presse der SBZ, auf Originalberichte von Flüchtlingen aus der Sowjetzone und auf das Archiv des Instituts für politische Wissenschaft, Berlin.

einheitlichen Deutschland“ bilde<sup>1</sup>. Es ist zu untersuchen, inwieweit die gesellschaftlich-politische Realität der SBZ einem solchen hohen Anspruch gerecht wird.

Die gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung in der SBZ weist so viele Züge der Ähnlichkeit und Parallelität wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher und vor allem politischer Phänomene mit dem historischen Prozeß in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten auf, daß eine Analogie dieser Formen des bolschewistischen Totalitarismus für den Beobachter in der freien Welt naheliegt. Seit der II. Parteikonferenz der SED im Jahre 1952 sind ohne Zweifel in verstärktem Maße mit dem Stil des politischen Handelns die Herrschaftsapparatur und das Organisationengerüst der SBZ dem sowjetischen Vorbild angepaßt worden. Gleichwohl kann die „DDR“ hinsichtlich ihres politischen Mechanismus nicht als eine voll entwickelte „Volksdemokratie“ und, was ihr soziokulturelles Fundament anlangt, nicht als eine ausgebildete „Sowjetgesellschaft“ angesehen werden. Ungeachtet ihres fortwährend erhobenen Anspruches, „auf dem Wege zum Sozialismus“ den sowjetischen Status einer „Volksdemokratie“ bereits erklommen zu haben, läßt die kommunistische Propaganda in der Sowjetzone in der kritischen Analyse der Fehlentwicklungen und „Disproportionen“ im Aufbau der „Arbeiter- und Bauernmacht“ erkennen, welche Schwierigkeiten und Hindernisse sich den Machthabern der SED dabei in den Weg stellen<sup>2</sup>.

Gesellschaftsstruktur und soziales Leben in den ehemals mitteldeutschen Gebieten der SBZ werden seitens der kommunistischen Führung unter besonderen historischen Bedingungen einem nachhaltigen gesellschaftspolitischen Experiment unterworfen, dessen ideologisch-psychologische Voraussetzungen wesentlich ungünstiger sind als in den meisten der bolschewistischen Satellitengebilde. In der Ziel-

<sup>1</sup> Zur Vorbereitung der III. Parteikonferenz der SED, die im März 1956 stattfinden soll, hat das „25. Plenum des Zentralkomitees der SED“ in einem Beschluß vom 1. November 1955 („Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Sonderdruck als Beilage zu Neues Deutschland vom 1. November 1955, 10. [66.] Jg., Nr. 256, S. 1, 6, 7, 9) die These von der „DDR“ als dem „rechtmäßigen deutschen Staat“, von dem die „nationale Souveränität Deutschlands“ ausgehe, mit besonderem Nachdruck unterstrichen. Die Fiktion der Stabilität dieses Staatsgebildes wird in diesem Dokument im wesentlichen durch zwei Behauptungen gestützt: Die „DDR“ besitze ihre Legitimation „aus dem Willen und der Kraft des Volkes“, und sie arbeite erfolgreich an der „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“.

<sup>2</sup> Die „Wachstumsschwierigkeiten“ der „DDR“ kommen in den offiziellen Verlautbarungen der politischen Führung deutlich zum Ausdruck; neuerdings z. B. im Referat des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf dem „25. Plenum des Zentralkomitees der SED“: „Die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates zur Erfüllung der Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben“ (in: Neues Deutschland, Nr. 258 vom 3. November 1955, S. 3 ff.). — Siehe auch „Beschluß des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED“, a.a.O., S. 7—16.



setzung und in der Mittelwahl, wie noch nachzuweisen ist, auf die Perfektion einer Sowjetgesellschaft russischen Musters gerichtet, läßt sich das soziale Gebilde der SBZ in seinem derzeitigen Zustande am ehesten als sowjetoide Vorpostengesellschaft im außenpolitischen und militärstrategischen Glacis der SU charakterisieren. Die Gestaltung einer Gesellschaft im Vorfeld eines sozialimperialen Systems ist aber dem Einfluß von Faktoren ausgesetzt, welche die Annäherung an das gesellschaftspolitische Modell des Mutterstaates fortlaufend beeinträchtigen.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die besonderen historischen Bedingungen im einzelnen aufzuzählen und in ihrer Wirkung zu analysieren, unter denen das Experiment der Errichtung dieser Vorpostengesellschaft gestartet wurde und bisher verlaufen ist. Die Unfertigkeit der gesellschaftlichen Ordnung der SBZ und der experimentelle Charakter der Gesellschaftspolitik der SED sind aber nur zu verstehen, wenn wenigstens die wichtigsten Faktoren in Betracht gezogen werden, die den Strukturwandel dieser Gesellschaft von Anfang an beeinflußt haben.

Das kommunistische Regime in der Sowjetzone ist seit den Tagen des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1945 in schrittweisem Ausbau der nach sowjetischem Muster geplanten Gesellschaftsordnung vornehmlich aus drei Gründen gehemmt worden. Einmal entbehrt diese Diktatur eines revolutionären Ursprungs. Sie hat sich niemals auf eine wirkliche Volksbewegung stützen können, sondern wird bis zum heutigen Tage von der großen Mehrheit der Bevölkerung auch in der Gestalt der „souveränen DDR“ als Regime einer Besatzungsmacht angesehen. Trotz ihres Ursprungs im westeuropäischen Marxismus wird die mit Hilfe der Besatzungsmacht importierte Gedankenwelt des Bolschewismus selbst von zahlreichen Anhängern und Mitgliedern der führenden Staatspartei zwar notgedrungen ertragen, jedoch innerlich abgelehnt. Dasselbe gilt von der Mehrzahl der seitens der kommunistischen Führung als „revolutionäre Umwälzung“ angesehenen gesellschaftspolitischen Aktionen der vergangenen zehn Jahre. Die Errichtung der „Arbeiter- und Bauernmacht“ einschließlich der zur Verschleierung ihres sowjetischen Grundgehalts eingeführten scheindemokratischen Institutionen trägt bei der Mehrheit der Zonenbevölkerung den Makel der Fremdbestimmung, eines mit den nationalen Eigentümlichkeiten sozialistischer Gesellschaftsauffassungen in Deutschland unvereinbaren Zwangssystems.

Ein zweites Hindernis, das sich einer beschleunigten Umwandlung der Zone in eine „Volksdemokratie“ polnischen oder tschechischen Musters entgegensetzt, ist in dem Nebeneinanderbestehen

zweier politisch, ideologisch und in der sozialen Verfassung konkurrierender deutscher Länder zu sehen. Im Vorfeld großer weltpolitischer Machtblöcke gelegen, stellen die Bundesrepublik und die „DDR“ gleichsam zwei Schaufenster grundverschiedener sozialer Lebensstile dar. Schon die große Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge läßt erkennen, daß die Machthaber der „DDR“ es hier mit einem sozialen Gefälle zwischen diesen konkurrierenden deutschen Ländern zu tun haben, das im Hinblick auf die beiderseitige, politisch unterschiedlich motivierte Aktivität in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands bisher seine modifizierende Wirkung auf das gesellschaftspolitische Handeln der SED-Spitzenführung nicht verfehlt hat. Trotz der Abschnürung der Zonenbevölkerung vom freien Deutschland durch den Eisernen Vorhang sind die familiären und die beruflichen Bindungen zwischen den Deutschen hüben und drüben noch nicht völlig abgerissen, bestehen kulturelle Beziehungen und Gemeinsamkeiten der sozialen Tradition. Den Versuchen der anpassungsfähigen SED-Propaganda, diese nationalen Bindungen politisch auszunützen, ist ein durchschlagender Erfolg bisher versagt geblieben.

Der derzeit führende politische Theoretiker der SED, Fred Oelßner, hat in einer für die Auffassung der politischen Führung sehr aufschlußreichen Publikation<sup>3</sup> u. a. darauf hingewiesen, daß die kommunistische Machtgruppe mit dem Besatzungsgebiet der heutigen „DDR“ im Jahre 1945 ein „hochindustrialisiertes Land“ übernommen habe. Nicht die Durchführung der Industrialisierung, wie in anderen Satellitenländern, sei daher die primäre Aufgabe der kommunistischen Führung, sondern „die sozialistische Umwandlung der Industrie“. Oelßner weist aber zugleich darauf hin, vor welchen großen Schwierigkeiten Besatzungsmacht und SED-Führung im Hinblick auf die „Disproportionen“ gestanden haben, die sich aus der Abschnürung des zunächst nicht lebensfähigen Teilstücks der SBZ von der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Gesamtdeutschlands ergaben. Darin liegt ein deutlicher Hinweis auf das dritte Hindernis, das sich einer schnellen Sowjetisierung dieser alten mitteldeutschen Gebiete entgegenstellte.

Die Besatzungsmacht übernahm mit diesen Ländern im Jahre 1945 weder eine demokratisch geordnete Gesellschaft, in der der „Wiederaufbau“ mit Hilfe vorhandener politischer Gruppen und demokratischer Werthaltungen hätte in Angriff genommen werden können, noch ein Wirtschaftsgebiet, das in seinen gewerblich-industriellen und landwirtschaftlichen Potenzen in dem damaligen Zustand auch nur einigermaßen als innerlich ausgeglichen angesprochen werden konnte. Die vorhandene wirtschaftliche und soziale Substanz des Landes muß

<sup>3</sup> Fred Oelßner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Berlin 1955, S. 26 ff.

vielmehr als ein in seiner Lebensfähigkeit auf die west- und ost-deutschen Gebiete angewiesenes Wrackstück der vom Nationalsozialismus umgeformten und in der Kriegswirtschaft soldatisch organisierten deutschen Gesellschaft angesehen werden<sup>4</sup>. Der Ausbau der Rüstungsindustrien hatte die ursprünglich in diesem Gebiete ansässigen leistungsfähigen Verbrauchsgüterindustrien schwer angeschlagen, und die Zerstörungen in den größeren und mittleren Industriebetrieben durch Kriegseinwirkungen waren erheblich. Die alte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation war durch Verschiebungen in der beruflichen Zusammensetzung, durch Binnenwanderungen und die Zusammenballung von nicht-ansässigen Arbeiterschichten in den Zentren der Rüstungsindustrie, durch die Herausbildung neuer Bürokratien und nicht zuletzt die zahlreichen Einberufungen zum Heere strukturell wesentlich verändert, als die Kommunisten in den damaligen fünf Ländern der SBZ ihren „demokratischen Wiederaufbau“ vorsichtig und mit vielen Rücksichten auf noch nicht ausgestorbene demokratische Traditionen aus der Zeit der Weimarer Republik begannen.

Den Ausdruck „Resteverwertung“, den man damals den ersten pionierhaft unternommenen wirtschaftlichen Anstrengungen beilegte, könnte man ebensogut auf die ersten zaghaften gesellschaftspolitischen Maßnahmen des Regimes der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ anwenden. Die Restbestände der auf wirtschaftliche und soziale Expansion ausgerichteten nationalsozialistischen Gesellschaft bildeten daher auch nach dem Zusammenbruch den Untergrund, auf dem der Neubau der Zonengesellschaft errichtet wurde. So waren die später im Jahre 1953 der „volkseigenen“ Zonenindustrie einverleibten großen sowjetischen SAG-Betriebe fast durchweg im alten nationalsozialistischen Wehrwirtschaftssystem entwickelte bzw. erweiterte Anlagen. Die Versorgungsschwierigkeiten der SBZ waren damals so groß, daß nach der begründeten Auffassung von Bruno Gleitze<sup>5</sup> eine frühzeitige planwirtschaftliche Eingliederung der Zone in den Sowjetblock und damit eine Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft nach sowjetischem Muster mit Hilfe von Mehrjahresplänen zum Zusammenbruch dieser Gesellschaft der Resteverwertung hätte führen können.

Ohne Zweifel gehört das soziale Erbe der zahlenmäßig starken, beruflich hochqualifizierten und, wie sich 1945 zeigte, durch den Nationalsozialismus in ihrer sozialen Qualität im wesentlichen unzerstörten Arbeiterschaft dieser mitteldeutschen Gebiete zu den wertvollsten Rest-

<sup>4</sup> S. auch: Otto Stammer, „Gesellschaftsstruktur und politische Dynamik der Sowjetischen Besatzungszone“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3. Jg., Heft 6, 1952, S. 330 ff.

<sup>5</sup> Bruno Gleitze, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951.

beständen, welche die kommunistische Herrschaft übernahm. In seiner bereits zitierten Abhandlung zollt Fred Oelßner (a.a.O., S. 27) dem vorbildlichen fachlichen, sozialen und Bildungsniveau dieser zahlenmäßig damals unter den Erwerbspersonen der SBZ dominierenden Gesellschaftsklasse Anerkennung. Nach seiner Auffassung hat das Vorhandensein dieser Gruppe den Aufbau der „Planökonomie“ wesentlich erleichtert, zugleich aber infolge der Befangenheit der deutschen Arbeiter von „reformistischer, chauvinistischer und faschistischer Ideologie“ die „ideologische Umerziehung“ dieser Arbeiterklasse zur wichtigsten Aufgabe der Übergangsperiode gemacht. Welches Gewicht dieser Feststellung beizumessen ist, beweist der Aufstand des 17. Juni 1953, der im wesentlichen von den Arbeitermassen der großen Städte getragen wurde, deren Struktur sich inzwischen durch die Aufnahme deklassierter Existenzen der Mittelklasse in die Belegschaften der großen Betriebe merklich veränderte. Man darf bei der Bewertung des Faktors Arbeiterklasse in der Ausgangssituation der Entwicklung der kommunistischen Herrschaft nicht vergessen, daß dieser ehemals mitteldeutsche Raum — insbesondere die Gebiete von Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg — das Ursprungsland der demokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland darstellt. Der Kommunismus hatte es vor 1933 hier nirgends vermocht, die Mehrheit der Arbeiter auf seine Seite zu ziehen, was neben anderen Momenten auch auf die besonders hohe soziale Qualität dieser mitteldeutschen Arbeiter zurückgeführt werden kann.

Läßt man diesen Umstand außer Betracht, so zeitigt eine rein zahlenmäßige Analyse der Klassenstruktur der Zonenbevölkerung im ersten Stadium der bolschewistischen Herrschaft ein für die sowjetischen Absichten eher günstiges Ergebnis. Die soziologisch inhomogene Gruppe der Arbeiter (als Hauptgruppe der Erwerbspersonen der amtlichen Statistik) war von 1939 bis 1946 von 4,3 Mill. auf 4,4 Mill. zahlenmäßig gestiegen, relativ zur erwerbstätigen Gesamtbevölkerung aber von 56,8 % auf 54,2 % gefallen. Der Gruppe der Angestellten und Beamten mit 17,2 % der Erwerbstätigen (1,4 Mill.) standen laut Volkszählung 1946 28,3 % der Erwerbspersonen als Selbständige und mithelfende Familienangehörige gegenüber. Die SBZ war also von Anfang an ein Gebiet mit einer überwiegenden Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung; der „kapitalistische Anteil“ war zahlenmäßig recht begrenzt, wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl der in der Statistik ausgewiesenen Selbständigen aus Bauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und daneben auch wagemutigen und anpassungsfähigen mittleren und kleineren Unternehmern bestand.

Wieweit es die kommunistische Führung verstanden hat, durch gesellschaftspolitische Maßnahmen eine Verschiebung im Größenverhält-



nis zwischen diesen Gruppen zu erzielen, wird später zu erörtern sein. An dieser Stelle ist lediglich darauf hinzuweisen, daß trotz des für die Absichten der SED zahlenmäßig vorteilhaften Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsklassen die **Bevölkerungsbilanz in der SBZ** in der Zeit von 1945 bis 1955 einen wesentlich ungünstigeren Faktor darstellt. Zwar war die Volkszahl dieses 107 669 qkm großen Gebietes von 1939 bis 1946 um 14,2 % von 15,16 Mill. auf 17,31 Mill. Menschen gewachsen; 3,64 Mill. „Umsiedler“ aus dem deutschen Osten und eine halbe Million zurückgekehrte deutsche Kriegsgefangene haben sie bis 1949 sogar auf 18 Mill. gesteigert<sup>6</sup>. Seither ist aber die Bevölkerungszahl infolge andauernd niedriger Geburtenziffern, hoher Sterblichkeit und ununterbrochener Fluchtbewegung aus dem sowjetischen Machtbereich nach Westdeutschland ständig zusammengeschrumpft. Mit einer Bevölkerung von 16,582 Mill. Menschen (ohne Ostberlin mit 1,248 Mill.) am 1. Januar 1955 wird im Gegensatz zur ständig anwachsenden Bevölkerung der Bundesrepublik ein Verlust an gesellschaftlicher Substanz ausgewiesen, der alle Bevölkerungsklassen und alle Altersgruppen um wertvolle soziale Elemente geschädigt hat. Den beträchtlichen Männerverlust des Jahres 1946 gegenüber 1939 hat die „DDR“ 1954 nicht wesentlich aufholen können. Die Sexualstruktur ist mit 100 : 130,6 im Verhältnis Männer zu Frauen wesentlich ungünstiger als in der Bundesrepublik. Das andauernde Übergewicht der weiblichen Bevölkerung und die zahlenmäßige Schwäche der für die wirtschaftliche Produktion wichtigsten mittleren Männerjahrgänge sind Umstände, die den noch zu behandelnden forcierten Arbeitseinsatz der Frauen ebenso begünstigt haben wie die aus gesellschaftspolitischen Gründen erfolgreich durchgeführte soziale Privilegierung der Jugend.

Die kurzen Hinweise auf einige Faktoren, die im besonderen in der geschichtlichen Situation der Jahre 1945/46 einer beschleunigten Sowjetisierung der SBZ hemmend entgegenwirkten, lassen deutlich erkennen, daß die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des aus der Zerreißung Deutschlands entstandenen künstlichen, an sich lebensunfähigen Landes in Verbindung mit der Sorge, die sozialen Gruppen mit ihren sozialpsychologischen Eigenheiten überhaupt zu einer gesellschaftlichen Einheit zusammenfügen zu können, die gesellschaftspolitischen Aktionen der kommunistischen Führung wesentlich beeinflußt haben. Im Hintergrund des geschichtlichen Geschehens der für die Entwicklung der SBZ zur „Arbeiter- und Bauernmacht auf

<sup>6</sup> Die Zahlenangaben zur Bevölkerungsstatistik sind entnommen aus: „Die Bevölkerungsbilanz der SBZ 1939—1954“ in: Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1954.

volksdemokratischer Grundlage“ entscheidenden Jahre 1949 bis 1955 steht allerdings, wie bereits eingangs betont wurde, der kontinuierliche Drang der politischen Führung, die Gesellschaft der Zone dem Modell der entwickelten Sowjetgesellschaft immer mehr anzupassen. Welche Sektoren der gesellschaftlichen Ordnung dabei zunächst zum Operationsfeld erkoren wurden und mit welchen Resultaten die soziale Umwälzung im einzelnen bisher beendet hat, wird im zweiten Teil dieser Studie zu untersuchen sein.

Versucht man, sich in kurzen Strichen zu vergegenwärtigen, welche Gedankenverbindungen sich bei der Analyse des Begriffes Sowjetgesellschaft ergeben, so muß zunächst festgestellt werden, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit der SU und der „Volksdemokratien“ erheblich von dem idealisierten Modell der bolschewistischen Gesellschaftstheorie abweicht. Ihrer Ideologie gemäß erstreben die Bolschewisten eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft, in der mit Hilfe der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und der Staat als das politische Mittel der Ausbeutung in der egalitären Gesellschaft aufgeht. Tatsächlich stellt sich die Sowjetgesellschaft aber als eine zentralistische, mittels eines Systems ineinander verfigter Organisationen plangelenkte Klassengesellschaft dar. Auf der Basis einer breiten, in sich differenzierten Grundsicht von Arbeitern und „werk tätigen Bauern“ erhebt sich die politische und soziale Hierarchie einer durch die Lenkung von Herrschaftssystem und „Planökonomie“ ausgewiesenen Funktionselite. Die Sowjetgesellschaft ist eine neuartige Privilegiengesellschaft, in der sich der sozioökonomische Status und das soziale Prestige der bevorzugten Gesellschaftsgruppen aus ihrem Anteil an der kollektiven Produktionsleistung und an der Sicherung des Herrschaftssystems ergeben. Auf der von oben her bestimmten Organisation und Planung der materiellen Produktion errichtet, wird der gesamte Auf- und Überbau der Gesellschaft und mit ihm das System der sozialen Kommunikationen, die Bestimmung des sozialen Status der Einzelnen, das Erziehungssystem, die Organisation der kulturellen Leistungen und die der gesellschaftlich-politischen Führung mit den Mitteln der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planung zu bestimmen versucht<sup>7</sup>.

Aus zahlreichen Äußerungen kommunistischer Theoretiker und Politiker der SBZ geht hervor, daß das gesellschaftspolitische Handeln der Führungsgruppe sich immer wieder an diesem Modell der Sowjet-

<sup>7</sup> Otto Stammer, „Demokratie und Diktatur“, in: Hessische Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung, Band 8, Verlag Max Gehlen, Bad Homburg v. d. Höhe und Berlin 1955, S. 182—202. — Vgl. auch Boris Meißner, Rußland im Umbruch. Der Wandel der Herrschaftsordnung und sozialen Struktur der SU, Verlag für Geschichte und Politik, Frankfurt a. M. 1951.

gesellschaft zu orientieren versucht<sup>8</sup>. In der Situation der ersten Jahre nach 1945 war das soziale Gesicht der Sowjetzone noch deutlich nach Westen gerichtet. Die Wendung des Gesichts nach Osten erfolgte erst in der zweiten Periode der politischen Entwicklung mit dem Aufbau des Herrschaftssystems in den Jahren nach 1948. Alles, was in den Jahren zwischen 1949 und 1955 zur Verfestigung der politischen Herrschaft der kommunistischen Führung unternommen wird, dient dazu, die gleichzeitig erfolgenden Versuche der Umstrukturierung der Zonengesellschaft zu stützen. Die Festigung und Sicherung des Herrschaftssystems ist also die Voraussetzung für den Ausbau der nach dem sowjetischen Modell entwickelten Plangesellschaft.

Es ist nicht die Aufgabe, in diesem Zusammenhang den Aufbau des politischen Arsenal der „DDR“ zu untersuchen. Da die spezifischen gesellschaftspolitischen Maßnahmen der kommunistischen Führung aber nur in ihrem Zusammenhang mit dem politischen Prozeß verstanden werden können, bedarf es wenigstens eines kurzen Hinweises auf die Umformung des politischen Gerüsts der Sowjetzone<sup>9</sup>. Ohne den Ausbau der SED zur „Partei neuen Typus“, ohne die Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien, die Errichtung des Systems von „Massenorganisationen“, ohne die Zentralisierung der Staatsverwaltung und die Sicherstellung des maßgebenden Einflusses der führenden Partei auf das gesamte staatliche Geschehen gibt es keine gesellschaftspolitische Aktivität. Die Einführung des nach sowjetischem Muster entwickelten Systems der „Planökonomie“, die Aufstellung und Durchführung der Mehrjahrespläne, sind ausschließlich das Werk der privilegierten Staatspartei. Sie ist ebenso verantwortlich für den Versuch, das politische und soziale Handeln an der bolschewistischen Ideologie zu orientieren, für die ständig unternommene Berufung auf die von der Wissenschaft der SBZ rezipierte sowjetische Theorie, auf die „Generallinie“, und für die Ausrichtung der Propaganda auf die Manipulierung der Meinungsbildung der Bevölkerung.

Die kommunistische Führung hat sich in den vergangenen Jahren redlich bemüht, von der ideologischen, der politischen und organisatorischen Seite her alle Voraussetzungen zu schaffen, um den „Umbau der Gesellschaft“ und den „Umbau des Menschen“ nach sowjetischem Muster zu ermöglichen. Wieweit ihr das wirklich gelungen ist, inwiefern sich die „DDR“ tatsächlich, wie auf der II. Parteikonferenz der SED

<sup>8</sup> M. G. L a n g e, Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Wege zum „Stalinismus“, Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Berlin, Bd. 5, Ring-Verlag, Stuttgart/Düsseldorf 1955.

<sup>9</sup> Eine gute Darstellung des politischen Entwicklungsprozesses der SBZ gibt: H o r s t D u h n k e, Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1955.

1952 proklamiert, „auf dem Wege zum Sozialismus“ befindet, wird im zweiten und dritten Teil dieser Untersuchung noch zu prüfen sein. Daß die herrschaftstechnischen Probleme, die mit dem Aufbau des politischen Mechanismus aufgeworfen worden sind, auf die Dauer nur auf dem Wege einer Politisierung, d. h. aber einer Sowjetisierung der Gesellschaft, gelöst werden können, sei hier nur festgestellt. Die Umformung der Gesellschaft hat ohne Zweifel auch die Funktion einer Erleichterung der Machtausübung.

Der Hochmut der Proklamation der II. Parteikonferenz ist jedenfalls infolge der Schwierigkeiten, die sich in den vergangenen drei Jahren sowohl bei den Versuchen der Festigung des Herrschaftssystems als auch auf dem Wege der Umstrukturierung der Zonengesellschaft ergeben haben, in der SED-Führung neuerdings einer nüchternen Betrachtung der Situation gewichen. Der bereits erwähnte Parteitheoretiker Oelßner spricht in bezug auf die Zone vorsichtig von einer „längeren Übergangsperiode“, einem „Nebeneinanderbestehen“ „von Kapitalismus und Sozialismus“, von einer „Periode des verschärften Klassenkampfes“, in welcher verschiedene Wirtschaftsformen — kapitalistische, genossenschaftliche, sozialistische — nebeneinander bestünden (Oelßner, a.a.O., S. 20 ff.). In dieser Zeit müsse alles daran gesetzt werden, mit Hilfe der „Arbeiter- und Bauernmacht“ die „Disproportionen“ im Wirtschaftsgetriebe durch „Stärkung des sozialistischen Sektors“ zu beseitigen.

Es ist bezeichnend für die herrschende Auffassung in der kommunistischen Führung der SBZ, daß man glaubt, durch eine „Änderung der Basis“ des gesellschaftlich-kulturellen Gefüges, durch eine Stärkung der Organisationen-Hierarchie in Verbindung mit der „Entwicklung eines neuen sozialistischen Bewußtseins“ die auf Grund einer solchen Analyse als noch nicht existent angesehene sowjetische Plan-gesellschaft trotz aller Widerstände erschaffen zu können. Von einem „Sonderweg zum Sozialismus“, wie ihn der inzwischen strafversetzte Parteitheoretiker Anton Ackermann noch 1946 verkünden durfte<sup>10</sup>, ist heute nicht mehr die Rede, wohl aber bei Oelßner von einem „Sonderfall der allgemeinen sowjetischen Entwicklung“, den zu bewältigen der kommunistischen Führung der Zone die „Erfahrungen der SU“ und die „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ zu Hilfe kämen.

In Verbindung mit den Aussagen in zahlreichen sowjetzonalen Dokumentationen aus den vergangenen drei Jahren läßt diese Oelßnersche Theorie von der Übergangsperiode erkennen, daß die eingangszitierte Suslow-Grotewohlsche Propagandathese des fest verankerten

<sup>10</sup> Anton Ackermann, „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ in: Einheit, 1946, Nr. 1, S. 22 ff.



„Grundsteins“ auf schwachen Füßen steht. Es ist nicht allein der in der innerparteilichen Kritik und in der Zonenpropaganda eingestandene Mangel an „efficiency“ des politischen Systems der Zone, der zu dieser Auffassung berechtigt, sondern vor allem das durch den Parteirepräsentanten Oelßner eingestandene Nachhinken der gesellschaftlichen hinter der politischen Entwicklung<sup>11</sup>. So kann als Hypothese hier abschließend nochmals bestätigt werden, daß die partei- und staatspolitisch reglementierte Plangesellschaft der SBZ nach der Logik der sowjetischen Gesellschaftspolitik ein höchst unvollendetes Gebilde ist. Gehemmt durch die spezifische Situation des gespaltenen Deutschland, durch die Grundgegebenheiten des nationalen und des sozialen Lebens und durch die schwierige Lage der Wirtschaft besteht gesellschaftspolitisch eine Dynamik nach vorn. Das Augenmerk der weiteren Untersuchung ist daher auf den empirischen Befund zu richten, der sich aus der Analyse des Prozesses der Gesellschaftspolitik auf den Sektoren der „ökonomischen Basis“, des Klassengefüges, des Gewebes der „Massenorganisationen“ und schließlich des Systems der Werthaltungen und der Prestigestructur der Zone ergibt.

## II. Strukturwandel der Zonengesellschaft

### 1. Die Veränderungen in der „ökonomischen Basis“ und die Klassenstruktur

Wie die meisten der in der SBZ gebräuchlichen neuen kommunistischen Ausdrücke ist auch die Bezeichnung Gesellschaftspolitik sehr unklar und begrifflich sehr schwer zu definieren. Im weitesten Sinne sind alle die von der politischen Führung geplanten

<sup>11</sup> Sprechen auch seit der 25. Tagung des Zentralkomitees viele Anzeichen dafür, daß die SED auf der bevorstehenden III. Parteikonferenz den im Jahre 1953 eingeschlagenen „neuen Kurs“ zugunsten einer der „Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ angemessenen härteren politischen Linie endgültig aufgeben wird, so lassen doch gerade die jüngsten Reden der politischen Führung erkennen, daß man sich der Schwierigkeiten des einzuschlagenden Weges und der Mängel der bereits im Jahre 1952 proklamierten gesellschaftspolitischen Methoden bewußt ist. So heißt es in der bereits (Anm. 2, S. 56) zitierten Rede Grotewohls (a.a.O., S. 4): „Wir haben uns verändert und wachsen ständig mit den Umgestaltungen, die durch die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus hervorgerufen werden. Aber die alten Anschauungen der kapitalistischen Gesellschaft sind auch bei uns noch nicht restlos überwunden . . . Das hat zur Folge, daß bei uns der Kampf um den Aufbau des Sozialismus unter besonders komplizierten Bedingungen stattfindet. Das Tempo des Bewußtseins der Menschen bleibt gewöhnlich in seiner Entwicklung hinter dem ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungstempo zurück. Vorn liegt in der Entwicklung nur die Avantgarde, die Marxisten-Leninisten . . .“

und eingeleiteten, von der Herrschaftsapparatur durchgeführten Maßnahmen darunter zu verstehen, welche die Umstrukturierung der Gesellschaft und den damit verbundenen „Umbau des Menschen“ zum Ziele haben. Gesellschaftspolitik in dieser Auslegung bedeutet also nicht Umgestaltung der Gesellschaft durch Förderung gesellschaftsimmanenter Tendenzen, sondern in jedem Falle die Anwendung politisch revolutionärer Maßstäbe und Techniken zur planmäßigen, auf politisch-sozialen Zwängen beruhenden Umformung der Gesellschaft. Im engeren Sinne wird der Ausdruck Gesellschaftspolitik etwa auf Maßnahmen der „Planökonomie“ im industriellen Sektor, der Kollektivierung der Landwirtschaft oder der sozioökonomischen Reglementierung der Mittelschichten bzw. bestimmter Berufszweige angewendet. Er wird aber auch bezogen etwa auf die Durchsetzung neuer sozialer Zwänge, die mit der Errichtung gesellschaftlicher „Massenorganisationen“ oder mit der Perfektion eines bolschewistisch orientierten Erziehungsprogramms verbunden sind. Jede Veränderung des Klassenstatus, des Aufbaus der sozialen Hierarchie, der Autoritätsverhältnisse und des Prestigesystems, aber auch jeder Wandel der sozialen Normen und Verhaltensweisen kann das Ergebnis einer bestimmten Variante der Gesellschaftspolitik sein. Übereinstimmung mit den Grundkonzeptionen von Zielsetzung, Weg und Mitteln sowjetischer Gesellschaftsplanung ist allerdings dabei Voraussetzung. Es wird verständlich sein, daß im Zusammenhang dieser Untersuchung nicht alle Sektoren, Mittel und Techniken der Gesellschaftspolitik der SBZ behandelt werden können. Wichtige Gebiete und Fragenkomplexe von gesellschaftspolitischer Bedeutung müssen außer Betracht bleiben, so z. B. das Erziehungssystem, die Massenschulung, der Sport und die Vehikel der Meinungsbildung. Die gesellschaftspolitischen Anstrengungen der SED-Führung und ihres politischen Apparates können lediglich in einigen Schwerpunkten des Umbaus der Zonengesellschaft untersucht werden.

Die Grundstruktur dieser Gesellschaft wird in manchen Lehrbüchern und publizistischen Äußerungen der SBZ in einem *Klassenschema* dargestellt, das sich eng an das Stalinsche Konzept des Gesellschaftsaufbaus der sozialistischen Phase der bolschewistischen Revolution hält. In dem sich ständig vergrößernden Sektor des „sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln“, so wird behauptet, ergeben sich soziale Lebensbedingungen, die es ermöglichen, die Arbeiterklasse sowohl zum Fundament der gesellschaftlichen Produktion als auch zum Träger der politischen Herrschaft zu machen<sup>12</sup>. An dieser Herrschaft der mit Hilfe einer planmäßigen kollektivistischen

<sup>12</sup> Heinz Franke, „Welche Klassen gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik?“, in: *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*, Jg. 9, Heft 1, S. 108 f.

schen Industrialisierung zahlenmäßig anwachsenden Arbeiterklasse werden nach dieser Auffassung die Klasse der „werkstätigen Bauern“ und die „neue Intelligenz“ beteiligt. Es handelt sich dabei um Gruppen, die durch ihre spezifischen Funktionen im System der Planökonomie zu gesellschaftlichen Einheiten „neuen Typs“ zusammengeschmiedet werden. Neben diesen mit dem Wachstum des sozialistischen Wirtschaftssektors an Zahl und Bedeutung zunehmenden legitimen Klassen des neuen Gesellschaftssystems existieren aber noch Restschichten der alten „kapitalistischen“ Gesellschaftsformation: Gruppen von „Kapitalisten“, Vertreter der „alten Intelligenz“, kapitalistisch orientierte Gewerbetreibende und Kleinhändler, Groß- und Mittelbauern. Die Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung wird in diesen in propagandistischer Absicht formulierten Äußerungen dahingehend festgelegt, daß im Verlauf einer sozialen Anreicherung der Grundklassen die verbliebenen wirtschaftlich Selbständigen, die Vertreter der Mittelschicht und die Repräsentanten des alten Bildungsguts ebenso dezimiert werden wie früher bereits die „Monopolkapitalisten“, die „Finanzoligarchie“ und die „Junker“.

Es liegt auf der Hand, daß die tatsächliche gesellschaftliche Entwicklung der SBZ in diesem gewaltsam vereinfachten Schema der neuen Klassenverhältnisse nicht untergebracht werden kann. Versucht man aber den Wegen der sowjetzonalen Gesellschaftspolitik zu folgen, die zu der in den vergangenen zehn Jahren vollzogenen Umstrukturierung der Gesellschaftsklassen geführt haben, so muß man sich vor allem anderen mit zwei Formen der Äußerung gesellschaftskonstruktiver Aktivität befassen: der Politik und Durchführung der Volkswirtschaftspläne auf der einen und dem Aufbau und der Perfektionierung des Aktionssystems von Partei und „Massenorganisationen“ auf der anderen Seite. Wer auch nur für kurze Zeit die Pressepublikationen oder die Parteiliteratur der Zone verfolgt hat, weiß, daß Wirtschaftsplan, Industriesaufbau und Landwirtschaftsförderung ebenso wie Aktivisten- und Wettbewerbsbewegungen, Einsatzfähigkeit und -bereitschaft der Organisationen eine nicht zu überschätzende Rolle im Prozeß der manipulierten Meinungsbildung spielen. Es soll daher in kurzen Zügen untersucht werden, welche Bedeutung einmal „die Wirtschaftspolitik der proletarischen Staatsmacht“ (Oelßner) und zum anderen (s. folgender Abschnitt) die Hierarchie parteigelenkter Organisationen und ihre sozialen Techniken für den Strukturwandel der Zonengesellschaft haben.

Fred Oelßner (a.a.O., S. 7 ff.) läßt deutlich erkennen, daß die SED-Führung sich dessen bewußt ist, daß zwar die „proletarische Staatsmacht“ das wichtigste Instrument für den „Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“ ist, andererseits aber „das Schwergewicht bei der Lösung

der Aufgaben in der Übergangsperiode“ in der „Umwandlung vornehmlich mit ökonomischen Mitteln“ liegt. Eine „neue sozialistische Basis“ müsse geschaffen werden, um den „sich verschärfenden Klassenkampf“ gegen Restschichten der alten Gesellschaft erfolgreich führen zu können. Was der führende Parteitheoretiker damit ausdrücken will, ist bereits in den Begründungen für die Inkraftsetzung des Fünfjahrplanes (1951) und der jährlichen Volkswirtschaftspläne mit grundsätzlicher Wirkung für das wirtschaftlich-gesellschaftliche Geschehen der Zone formuliert worden. Es ist für den Menschen in der SBZ längst kein Geheimnis mehr, daß die Volkswirtschaftspläne über die produktions- und produktivitätsfördernde Bedeutung hinaus dem Aufschwung auch des „kulturellen Niveaus der Bevölkerung“ und der „Entfaltung“ der gesellschaftspolitischen Aktivität in allen vom Sektor der Produktion aus manipulierbaren sozialen Bereichen dienen. Der Volkswirtschaftsplan gilt als „Entwicklungsgesetz der sozialistischen Wirtschaft“. Da auch in der Zone nach dem Willen ihrer politischen Führung das gesellschaftliche Leben sich in erster Linie an der Planungsrationaltät und an der Produktionsleistung orientieren soll, kann die Bedeutung der bisher verfolgten Maßnahmen auf dem wirtschaftlichen Sektor kaum überschätzt werden.

Die Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung der SBZ kann in diesem Zusammenhang nicht dargestellt werden. Wichtig erscheint aber, die Frage zu beantworten, wie sich die Machthaber der „DDR“ die bisherigen Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik vorstellen und was die Kritik der Beobachter in der Bundesrepublik dazu zu sagen hat. Die durch Fred Oelßner präzierte, derzeit parteioffizielle gesellschaftspolitische Auffassung geht dahin, daß allein die „sozialistische Großindustrie“ die „materielle Produktionsgrundlage des Sozialismus“ darstellen könne; außerdem gelte es, „die kleine, zersplitterte Landwirtschaft auf die Bahn der großindustriellen, kollektiven landwirtschaftlichen Produktion zu überführen“ und die Produktion des immer noch „kapitalistischen Sektors“ in Grenzen zu halten und allmählich zugunsten des „sozialistischen Sektors“ zurückzudrängen<sup>13</sup>. Die bisher durch die „Politik der Volkswirtschaftspläne“ erreichte Stärke des „sozialistischen Sektors“ (sie besteht in „allgemeinem Volkseigentum“ und „genossenschaftlichem Eigentum“, z. B. der Konsumgenossen-

<sup>13</sup> Diese Auffassung wird durch den „Beschuß des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED“ (a.a.O., S. 9) parteioffiziell legitimiert. Dort heißt es: „Um die Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik aufzubauen, ist es notwendig, den Anteil der Produktion der volkseigenen Betriebe und der genossenschaftlichen Betriebe . . . bedeutend zu verbessern . . . Das einzige Mittel zur Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen ist das ununterbrochene Wachstum und die stetige Vervollkommenung der sozialistischen Produktion . . .“



schaften und der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) wird von Oelßner (a.a.O., S. 33 ff.) mit 85 % der industriellen Produktion, in der Landwirtschaft (volkseigene Güter, MTS — Maschinen-Traktoren-Stationen und LPG — landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) aber nur mit „etwa einem Drittel“ angegeben. Daneben existieren nach dieser Auffassung zwei weitere Eigentumsformen und damit volkswirtschaftliche Sektoren in der Zone: das „kapitalistische Eigentum“ (in Industriebetrieben, großen Handwerksbetrieben, großbäuerlichen Wirtschaften, „kapitalistischen Genossenschaften“, kapitalistischen Verkehrsunternehmungen), das im Jahre 1954 zu 15 % Anteil an der industriellen Bruttoproduktion gehabt habe, und das „auf Arbeit beruhende Privateigentum“ der Klein- und Mittelbauern, der Handwerker und privaten Einzelhändler (zusammenfassend als „kleine Warenwirtschaft“ bezeichnet).

Auch in der kritischen Darstellung der Entwicklung der Zonenwirtschaft<sup>14</sup> wird anerkannt, daß der politischen Führung die quantitative Stärkung des „volkseigenen Sektors“ gelungen ist. 1946 noch auf 20 % (plus 33 % SAG-Betriebe) der Gesamtproduktion begrenzt, ist der Anteil der volkseigenen Industrie 1950 auf 51 % und Ende 1954 auf fast 82 % angewachsen (gewerbliche Produktionsgenossenschaften dazu 2,9 %), nachdem am 1. Januar 1954 die sogenannten SAG-Betriebe der Besatzungsmacht an die „DDR“ zurückgegeben worden waren. Nach den amtlichen Statistiken der Zonenregierung<sup>15</sup> konnten dabei die Grundstoffindustrien auf etwa 200 %, die metallverarbeitenden Industrien auf 214,7 %, Elektrotechnik und Maschinenbau aber nur auf 166,8 % und die sogenannten Leichtindustrien auf 146,8 % der Bruttoproduktion des Jahres 1936 erweitert werden. Da Privatbetriebe fast nur noch zum Sektor der Leichtindustrie gehören, entfällt der größte Teil der Erweiterung des „strategischen Industrie-potentials“ auf den volkseigenen Sektor. Von 6,1 Mill. unselbständig Beschäftigten des Jahres 1954 arbeiteten 2,69 Mill. in der Industrie und von diesen wieder über 2 Mill. in der volkseigenen Industrie<sup>16</sup>. Im Lichte der kritischen Beurteilung dieses gesellschaftspolitischen Feldzuges zugunsten der volkseigenen Produktionsgüterindustrie wird allerdings hervorgehoben (Abeken), daß der ökonomische Zwang zur Herstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts im industriellen

---

<sup>14</sup> Gerhard Abeken, „Zur wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Situation der SBZ“, in: Offene Worte. Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Nr. 36, Jg. 1955, S. 39 f.

<sup>15</sup> „DDR: Neue Daten aus der Industrie“ in: Statistische Praxis, Berlin, Mai 1954, Nr. 5.

<sup>16</sup> Hellmut Meier, „Die Erzeugungs- und Geldwirtschaft der SBZ im vierten Jahre des Fünfjahrplans“, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1955, Nr. 2, S. 157 f.

Sektor der Zone — auf Kosten der Konsumgüterindustrien — dabei eine ebenso große Rolle spielt wie die Absicht, mit Hilfe der „Planökonomie“ die industrielle und gesellschaftliche Basis des unsicheren Regimes zu befestigen.

Es ist eine auch in der Zone bekannte Tatsache, daß die Politik der „Planökonomie“ dabei die Leistungsfähigkeit der Industrie überfordert hat und daß die „Disproportionen“, von denen Oelßner so deutlich gesprochen hat, den wirtschaftlich-sozialen Prozeß nach wie vor beeinträchtigen. Man ist in der SBZ über „das Versagen der Grundstoffindustrien“, über das Mißverhältnis zwischen Energieerzeugung und industrieller Tätigkeit, die Auswirkungen des Rohstoffmangels auf die Erzeugung, über die organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Schwächen des Systems der volkseigenen Industrie wohl informiert. Da man der ökonomisch-materiellen Schwierigkeiten mit den Mitteln der „Planökonomie“ nicht Herr wird, sucht man nach Mitteln zur Überwindung der dem Zonenwirtschaftssystem immanenten Krise auf dem sozialen Sektor. So ist für den Minister Fritz Selbmann die „ungenügende Organisation der wirtschaftlich-technischen Arbeit“ verantwortlich für „das Zurückbleiben der Technik in der DDR gegenüber kapitalistischen Ländern“<sup>17</sup>. Fred Oelßner (a.a.O., S. 48) spricht sehr offen aus, daß es während des ersten Fünfjahresplanes nicht gelungen sei, das „Gesetz der planmäßigen — proportionalen — Entwicklung der Volkswirtschaft“ mit Erfolg „anzuwenden“ und die „Disproportionen“ zu überwinden. Wenn er auch glaubt, durch organisatorische Verbesserungen im Bereiche der „Planökonomie“ und durch die Verstärkung des „Bündnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft“, zwischen „Arbeiterklasse und werktätigen Bauern“ Abhilfe schaffen zu können, so läßt doch die sozialpolitische Propaganda der SED und des FDGB deutlich erkennen, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch „Verbesserung der Arbeitsnormen“ und Durchführung des „Prinzips des sozialistischen Wettbewerbs“ im Grunde der einzige Ausweg sind, der der Planungsbürokratie der SBZ in der kritischen wirtschaftlichen Situation offenbleibt. Die planökonomischen Angriffe auf die Stellung der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft, auf die alten Formen der Arbeitsmoral leiten mit der Veränderung der Arbeitsverhältnisse eine **U m s t r u k t u r i e r u n g d e s g e s e l l s c h a f t l i c h e n P o t e n t i a l s d e r A r b e i t e r k l a s s e** ein, die für die gesamte gesellschaftliche Ordnung von außerordentlicher Bedeutung ist.

Zur Analyse der sozialen Folgeerscheinungen des Systems der „Planökonomie“ in der SBZ bedarf es abschließend einiger Hinweise

<sup>17</sup> „Moderne Technik in die Betriebe“ in: Schweriner Volkszeitung, 4. August 1955, S. 2.

auf die Situation des **p r i v a t w i r t s c h a f t l i c h e n S e k t o r s** in Gewerbe und Handel. Die Selbständigkeit der privaten Betriebe und ihrer Eigentümer ist durch die staatliche Planung drastisch eingeschränkt. Sie unterliegen einer durchgängigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontrolle seitens der Räte der Bezirke und Kreise und der Industrie- und Handelskammern. Der privatwirtschaftliche Sektor umfaßte am 1. April 1953 196 209 Betriebe (ohne Handwerker) in Industrie, Verkehr, Großhandel, Einzelhandel, Gaststätten und anderen Wirtschaftszweigen<sup>18</sup>. Zur Kontrolle dieses notgedrungen geduldeten, aber wirtschaftspolitisch kaum gepflegten Sektors wird eine Reihe wirtschafts-, steuer-, kredit- und sozialpolitischer Mittel angewendet, die hier im einzelnen nicht beschrieben werden können. An eine wirtschaftliche Entfaltung dieser Betriebe ist jedenfalls trotz ihrer vorübergehenden Erholung während des „Neuen Kurses“ nicht zu denken. Es bedeutet unter den gegebenen Bedingungen sehr viel, wenn sie überhaupt ihren wirtschaftlichen und sozialen Status aufrechterhalten können. Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Betriebe unterliegen der doppelten Kontrolle einerseits der Planungsbürokratie und ihrer Organe (z. B. der Industrie- und Handelskammer) und anderseits der Funktionäre der SED und der „Massenorganisationen“.

Ein drastisches Beispiel für die Einengung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsraums auf dem privatwirtschaftlichen Sektor bieten die Verhältnisse des Handwerks. Von rund 300 000 im Jahre 1950 registrierten Handwerksbetrieben sind bis 1953 etwa 75 000 infolge des Druckes von seiten der volkseigenen Industrie, der kommunistischen HO (Handelsorganisation), der gleichgeschalteten Konsumgenossenschaften eingegangen<sup>19</sup>. Die staatlicherseits geförderten „Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaften des Handwerks“ (von sowjetzonaler Seite werden für 1954 1800 solcher Genossenschaften angegeben, die teilweise bis zu 100 Arbeitnehmer beschäftigen sollen<sup>20</sup>; fast 90 % aller Handwerker sollen Mitglied solcher Genossenschaften sein) werden durch die „Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ neuerdings zurückgedrängt<sup>21</sup>. Diese aber entwickeln sich immer mehr zu gesellschaftspolitischen Instrumenten der Planungsbürokratie, die das Ziel verfolgt, den sozialen Lebensraum der Handwerker zu beschneiden.

<sup>18</sup> Richard Lucas, Zehn Jahre sowjetische Besatzungszone, Mainz/Wiesbaden/Düsseldorf 1955, S. 171.

<sup>19</sup> Bartho Plönies und Otto Schönwalder, „Die Sowjetisierung des mitteldeutschen Handwerks“, in: Bonner Berichte aus Mitteldeutschland, Bonn 1953.

<sup>20</sup> Manfred Flegel, „Die Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaften des Handwerks in der DDR“, in: Die Nation, Berlin 1955, Nr. 5, S. 345 f.; vgl. auch „DDR: Die Leistungen des Handwerks“ in: Statistische Praxis, Berlin Oktober 1954, Nr. 10.

<sup>21</sup> „Verordnung über Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ in: GBl (Gesetzblatt) I. 1955, Nr. 72, S. 597 f.

Ein kurzer Blick auf die wirtschaftliche Lage und die sozialen Funktionen der Arbeitnehmer des „sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft“ und der unmittelbar von ihm abhängigen Wirtschaftsbetriebe macht ersichtlich, wie radikal die Veränderungen sind, die sich auf sozialem Gebiete gegenüber dem früheren Zustand und der Lage in der Bundesrepublik ergeben haben. Der sozialpädagogische Propagandaslogan der SED: „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“, läßt erkennen, was von den Arbeitnehmern erwartet wird. In der Präambel des „Gesetzes der Arbeit“ vom 19. April 1950<sup>22</sup> wird ohne Umschweife „die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne“ seitens der Arbeitnehmer aller Kategorien als „die Voraussetzung für eine ständige Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen“ proklamiert. Das ganze, wie in der SU, so auch im Bereich der „Planökonomie“ der Zone entwickelte System der Lohnpolitik nach Arbeitsnorm und Leistung, der „sozialistischen Wettbewerbe“, der „Aktivisten- und Neuererbewegung“ mit dem unverrückbaren Ziel der Erhöhung der Arbeitsproduktivität führt zu einer Selbstausbeutung und zu einer sozialen Differenzierung der Arbeitnehmer, die in diametralem Gegensatz zum Prinzip der „Sorge um den Menschen“ steht, das in der Programmatik der SED verkündet wird.

Wie gering die sozialpolitischen Rechte der Arbeitnehmerschaft in der Zone eingeschätzt werden, zeigt § 4, Abs. 1 dieses Gesetzes, in dem festgelegt wird, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Führung der Wirtschaft „durch die demokratischen und staatlichen Organe“ verwirklicht wird. Die produktionspolitischen und sozialrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes der Arbeit lassen erkennen, daß von den Werktätigen jeder Kategorie eine Selbstidentifizierung mit der kommunistischen Herrschaft und dem System der „Planökonomie“ erwartet wird, die, wie im dritten Abschnitt noch im einzelnen darzulegen ist, mit den tatsächlichen Verhaltensnormen der Arbeitnehmer nur schwer in Einklang gebracht werden kann.

Über die Verlagerungen innerhalb des sozialen Potentials der gewerblich-industriellen Wirtschaft der Zone, die durch den Ausbau und das allmähliche Vorrücken der „Planökonomie“ in die private Wirtschaftssphäre entstehen, sind authentische Angaben aus der SBZ kaum zu bekommen. Wie beachtlich diese Verlagerungen sind, ergibt sich aber bereits, wenn man die Auswirkungen der sowjetzonalen Lohn- und Wettbewerbspolitik verfolgt. Die amtlichen Hinweise darauf, daß

<sup>22</sup> „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten“, in: GBI 1950, Nr. 46, S. 349 f.



der „Lohnfonds der Wirtschaft“ 1955 gegenüber 1954 gestiegen ist<sup>23</sup>, hat für die tatsächliche Verteilung der Arbeitseinkommen unter die verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern eine ebenso geringe Bedeutung wie die Feststellung Oelßners (a.a.O., S. 24), daß der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters in der volkseigenen Industrie von 261,— DM<sup>24</sup> im Jahre 1951 auf 357,— DM im ersten Halbjahr 1954 gestiegen sei. Das Lohngefüge für die Anwendung der verschiedenen Formen des Leistungslohns wird in der SBZ nicht zwischen dem staatlichen Arbeitgeber und den Gewerkschaften ausgehandelt, sondern ist von Staats wegen in bestimmten Lohngruppenkatalogen festgelegt. Bei der Eingruppierung der Arbeitnehmer in die einzelnen Lohnkategorien ist „die gesellschaftliche Bedeutung“ der Arbeit und des Industriezweiges, in dem sie geleistet wird, von besonderer Bedeutung. Berücksichtigt man, daß das mit diesem Lohngefüge verbundene Anreizsystem und die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zu einer Steigerung der sozialen Konkurrenz unter den Arbeitnehmern und zu einer erheblichen Differenzierung der Arbeitseinkommen und der sozialen Stellung der einzelnen Arbeitnehmer im Industriebetrieb führt, so ersieht man daraus die klassenbildende Wirkung der sozialpolitischen Praxis der Zone. Die Verwirklichung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit“ der Arbeitnehmer und der damit verbundenen Steigerung ihrer kollektiven Leistungsbereitschaft führt zu einer größeren sozialen Zersplitterung unter den Arbeitnehmern, als sie in kapitalistischen Betrieben erfolgen kann<sup>25</sup>. Wenn in der SED-Propaganda außerdem von einer bereits erzielten „Verbesserung der Versorgung“ der Werktätigen infolge der nominalen Steigerung der Löhne und der Erhöhung des Warenangebots die Rede ist, so ist festzustellen, daß diese, soweit überhaupt vorhanden, in erster Linie den höheren Einkommensklassen, d. h. besonders den neuentstandenen Gruppen der Arbeiteraristokratie, der tech-

<sup>23</sup> GBl I. 1955, Nr. 42, S. 347.

<sup>24</sup> DM = Deutsche Mark der Notenbank der „DDR“.

<sup>25</sup> Der Sekretär des ZK der SED, Gerhart Ziller, erklärte in der Diskussion auf dem 25. Plenum des ZK der SED (lt. Neues Deutschland, Nr. 271 vom 19. November 1955, S. 3), daß das „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ in der Lohnpolitik der „DDR“ eine große Rolle spiele. Von insgesamt 2,4 Milliarden DM, die man 1955 „für den materiellen Anreiz zur Verbesserung der Arbeit“ ausgegeben habe, seien mehr als die Hälfte (1,25 Mrd. DM) für „Normenübererfüllung“, 250 Mill. DM für das Prämiensystem der Produktionsarbeiter, 300 Mill. DM für Prämienzahlungen aus den Direktorfonds und 110 Mill. DM für Prämien „für das leitende Personal der sozialistischen Wirtschaft“ gezahlt worden. Ziller führt Klage darüber, daß dieses „differenzierte System“ der Anreizzahlungen durch eine „formale . . . nivellierende Handhabung“ sich „festgefahren“ habe. Man kann daraus folgern, daß die erhebliche Differenzierung der Effektivverdienste soziale Gruppenansprüche geweckt hat, deren sich die Wirtschaftsführung mit Hilfe des Systems der Lohnpolitik nicht mehr zu erwehren vermag.

nischen Intelligenz und der weitverzweigten Bürokratie der Organisationen und des Staates zugute kommen. Eine klassenbildende Wirkung ergibt sich also aus dem Entlohnungssystem ebenso wie aus dem Verteilungssystem.

Die volkseigenen Betriebe, insbesondere die Großbetriebe unter ihnen, spielen seit langem schon die Rolle von Sozialfestungen des Systems der Planwirtschaft. Im wirtschaftlichen Mechanismus und im sozialen Geschehen dieser Gebilde sollen die Wirtschaftspläne realisiert und die Erwartungen der Führung im Hinblick auf das gesellschaftliche Verhalten der Werktätigen erfüllt werden. Die wenigen kritischen Darstellungen des innerbetrieblichen Geschehens in der SBZ, die bisher vorliegen, heben mit Recht hervor, daß nahezu alle sozialen Beziehungen der Arbeitnehmer der Erfüllung der Wirtschaftspläne und Leistungsnormen untergeordnet werden<sup>26</sup>. Auf die Arbeitnehmer aller Kategorien wird ein starker organisatorischer und ideologischer Druck ausgeübt. Um im System der innerbetrieblichen Wettbewerbe, der Prämiiierung und Dekorierung von „Aktivisten“ und ihrer Leistungen, der Arbeitsbrigaden und ihrer von den Einzelnen verlangten Arbeitsübersteigerung bestehen zu können, bedarf es einer sozialen Anpassung des einzelnen Werktätigen, die alle moralischen Voraussetzungen der früher in diesen mitteldeutschen Gebieten üblichen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu zerstören droht. Die Sozialstruktur des Sowjetzonenbetriebes mit ihrer Differenzierung der Arbeitnehmer in die Gruppe der „Bestarbeiter“, der „Aktivisten“ und „Arbeitsbrigadiers“ (Arbeiteraristokratie), der technischen bzw. „werktätigen Intelligenz“ und der Betriebs- und Organisationsbürokratie (Betriebselite) und der unteren Kategorie von ungelernten, angelernten und gelernten Werktätigen ohne planorganisatorische Funktion und damit ohne Privilegien wird zum Kerngerüst, um das sich die Klassenhierarchie des industriellen Teils der Zonengesellschaft kristallisiert.

Wenn den Planpolitikern der SBZ eine Umstrukturierung von Industrie, Gewerbe und Handel in dem hier beschriebenen Umfang gelungen ist, so sind sie doch bisher in dem für das Gedeihen der Volkswirtschaft kaum weniger wichtigen Sektor der Landwirtschaft trotz der radikalen Maßnahmen der „Bodenreform“ und der Förderung und Zentralisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften gesellschaftspolitisch weniger erfolgreich gewesen. Bezeichnend für die soziale Lage in der Landwirtschaft ist die Aktion „Indu-

<sup>26</sup> Zum Beispiel Wolfgang Förster, „Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Betrieben der SBZ“, in: Offene Worte 1955, S. 50 f.

striearbeiter auf das Land“, die seit geraumer Zeit propagiert wird<sup>27</sup>. Angesichts der im sowjetischen Sinne trotz der sozialen Vernichtung der Junker und Großbauern (über 100 ha Bodenbesitz) veralteten wirtschaftlichen und sozialen Zusammensetzung des Dorfes erscheint den gesellschaftspolitischen Planern eine Auffrischung der ländlichen Sozialstruktur im politischen wie im sozialpolitischen Sinne durch parteiergebene Arbeiter als höchst wünschenswert.

Eine Übersicht über die Eigentums- und Betriebsstruktur der Landwirtschaft zeigt, daß das Mißtrauen der politischen Führung gegen das Dorf begründet ist. Trotz „Bodenreform“ und politischer Aktion gegen die verbliebenen Mittel- und Großbetriebe (letztere hatten bis 1953 immerhin den Erfolg des Rückgangs der bäuerlichen Betriebe von 776 833 im Jahre 1950 auf 671 407<sup>28</sup>) umfaßte der „private Sektor“ der Landwirtschaft Ende 1953 noch 70 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche — zusammengesetzt aus 14 % Kleinbauern (0,5 bis 5 ha), 46 % Mittelbauern (5 bis 20 ha) und 10 % „Großbauern“ (20 bis 100 ha). Der „sozialistische Sektor“ dagegen war begrenzt auf 30 % der Nutzfläche — zusammengesetzt aus 4 % „volkseigenen Gütern“ (VEG), 14 % durch staatliche Institutionen bewirtschafteten Gütern und 12 % „landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG)<sup>29</sup>.

Wenn Oelßner (a.a.O., S. 32) parteioffiziös proklamieren darf, die große Aufgabe der nach seiner Auffassung langandauernden Übergangsperiode sei „die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ nach sowjetischem Muster, so ist es kein Wunder, daß die Zonenpropaganda den „K l a s s e n k a m p f a u f d e m D o r f e“ begünstigt, um die „kapitalistischen Elemente“ etwa durch unterschiedliche Tarife der „MTS“ oder durch soziale Differenzierung der Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Produkte zurückzudrängen. Publizistisch werden dabei als Träger dieses Klassenkampfes gegen die Großbauern die Landarbeiter und die „werkstätigen Bauern“ (Kleinbauern) mit einer evtl. Hilfestellung der Mittelbauern angesehen. Die „Kommandohöhen“ in diesem Klassenkampf um die allmähliche Überführung der privaten

<sup>27</sup> Der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, stellte in einer Rede auf der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften 7. bis 11. Dezember 1955 in Leipzig (in: Neues Deutschland, Nr. 290 vom 11. Dezember 1955, S. 7) fest: „Dem Aufruf des ZK der Partei, ‚Industriearbeiter auf das Land‘, sind bisher 25 000 Kader, besonders politische und technische, sowie Spezialisten gefolgt. Diese Kader haben mit Erfolg begonnen, in aktiver Unterstützung der Politik der Partei die Lage auf dem Lande beim Aufbau des Sozialismus zu verändern.“

<sup>28</sup> Richard Lucas, „10 Jahre sowjetische Besatzungszone Deutschlands“, a.a.O., S. 180.

<sup>29</sup> „DDR: Neue Daten über die Entwicklung der Landwirtschaft“ in: Statistische Praxis, Berlin Mai 1954, Nr. 5.

Wirtschaft in die Formen der „sozialistischen Großproduktion“ liegen bei den „VEG“, den „MTS“ und den „LPG“.

Durch „Anbaupläne“, „Viehhaltepläne“ und „Pflichtablieferung“ ist der private Bauer jetzt schon in die Volkswirtschaftsplanung einbezogen. Die „MTS“ (1954 bestanden 605 Stationen) — eine soziologisch hochinteressante Teilstruktur der Planökonomie im landwirtschaftlichen Sektor mit eigener Bürokratie, Traktoristenbrigaden, politischem Überwachungsapparat und Kulturfunktionären — werden offen als Stützpunkte der Partei und der Gesellschaftspolitik auf dem Lande bezeichnet. Bei der verhältnismäßig kleinen Zahl volkseigener Güter, die von ihnen tariflich und in der gesellschaftlichen Förderung begünstigt werden, fungieren sie mehr als Werbungszentren für die seit Sommer 1952 eingerichteten „LPG“. Die Parteipresse der SBZ hat im Sommer 1955 berichtet, daß infolge des auf Klein- und Mittelbauern in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ausgeübten Druckes 5774 „LPG“ mit 190 000 Genossenschaftsbauern bestehen, die mit 1,2 Mill. ha Land über etwa 18 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügen. Die Zahl der alteingesessenen Bauern unter ihren Mitgliedern wird allerdings bei Oelßner für Ende 1954 mit weniger als 10 % beziffert<sup>30</sup>.

Es ist bezeichnend, daß Oelßner ausdrücklich hervorhebt, daß die „LPG“ keineswegs als Keimzelle der „sozialistischen Großproduktion“ in der Landwirtschaft angesehen werden können, da sie infolge der „Freiwilligkeit“ des Zusammenschlusses und des Weiterbestehens des Privateigentums an dem genossenschaftlich bearbeiteten Boden „keineswegs mit den Kollektivwirtschaften der SU gleichgestellt“ werden könnten. Auf den mit Landwirtschaftsfragen befaßten Tagungen der SED und der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe — Bäuerliche Handelsgenossenschaft“ (VdgB — BHG) — der vom Parteiapparat gelenkten „Massenorganisation“ für das Dorf — wird häufig über den Mangel an „qualifizierten Kadern“ für die Landwirtschaft gesprochen. Die Voraussetzungen für die Sowjetisierung der mitteldeutschen Landwirtschaft sind also in mehrfacher Hinsicht ungünstig: Die wirtschaftlichen Bedingungen dafür sind kaum vorhanden, die

<sup>30</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Hermann Matern, behauptet in einer Diskussionsrede auf dem 25. Plenum des ZK der SED (lt. Neues Deutschland, Nr. 267 vom 13. November 1955, S. 3), der Anteil der Landarbeiter an den „LPG“ steige relativ und absolut, der Anteil der Bauern dagegen sinke. Das Bewußtsein der Landarbeiter, die LPG-Bauern wurden, „hinkt weit hinter ihrer neuen gesellschaftlichen Lage her“. — Walter Ulbricht gibt in seiner Rede auf der IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG (a.a.O., S. 3) an, der Stand der „LPG“ habe sich vom 31. Dezember 1954 bis 15. November 1955 um 927 von 5120 auf 6047 erhöht, die Mitgliederzahl sei auf 196 946 gestiegen; die Neugründung von „LPG“ beruhe im Jahre 1955 aber hauptsächlich auf einer „Umbildung örtlicher Landwirtschaftsbetriebe“ — also staatlich bewirtschaftete Güter — in „LPG“.



menschlichen Kräfte zur Umgestaltung des sozialen Lebens auf dem Dorfe fehlen, und es besteht anscheinend auch wenig Neigung bei der SED-Führung, durch Gesetzesbestimmungen den Entwicklungsprozeß auf dem Lande derzeit zu forcieren. So kann festgestellt werden, daß die Landwirtschaft der Zone trotz des Einbaus mächtiger sozialer und politischer Igelstellungen noch nicht sowjetisiert ist, der landwirtschaftliche Sektor der Volkswirtschaft also die stärkste Abweichung vom sowjetischen Modell der Gesellschaftsplanung darstellt.

In den bisherigen Ausführungen über die gesellschaftspolitische Bedeutung des Systems der „Planökonomie“ in Industrie und Landwirtschaft ist an mehreren Stellen ersichtlich geworden, wieweit die Klassenstruktur der Zonengesellschaft von den Veränderungen auf dem volkswirtschaftlichen Sektor beeinflußt wird. Das hat dazu geführt, daß sich die sowjetzonale Publizistik und Erziehung nicht mehr mit dem einfachen Klassenschema begnügen können, das zu Beginn dieses Abschnitts dargestellt wurde. So hat Oelßner (a.a.O., S. 38 f.) eine für die gesellschaftspolitische Interpretation des sozialen Geschehens in der Zone verbindliche Revision des alten Schemas vorgenommen, wenn er unter Berufung auf Lenin erklärt, daß die „alten Klassen“ der bürgerlichen Gesellschaft noch jahrelang nach der Machteroberung durch die Kommunisten bestehen bleiben, dabei aber „ihren Charakter verändern“. Die neue Interpretation ist schwach in bezug auf die Arbeiterklasse, von der in der alten Manier lediglich behauptet wird, sie sei nicht mehr eine Klasse der Unterdrückten, sondern „die führende Kraft der Gesellschaft“; mit ihrer „sozialökonomischen Lage“ verändere sich auch ihr Bewußtsein. Interessant ist aber, daß von der Klasse der „werk tätigen Bauern“ die „Genossenschaftsbauern“ als neuer Klassensplitter abgetrennt und zur Keimzelle einer neuen sozialistischen Klasse der Landwirtschaft gemacht werden. Analysiert man diese Aussage gründlicher, als das hier geschehen kann, so gelangt man zu der Feststellung, daß die sozialen Unterschiede auf dem Dorfe unter gesellschaftspolitischem Aspekt heute größer sind als je zuvor. Denselben Modus der Klassenteilung wendet Oelßner hinsichtlich der Klasse des Bürgertums an: Zu dieser Klasse sollen gehören die noch selbständigen Unternehmer in Industrie, Handel und Verkehr und — die Großbauern. Sie nehmen zunächst am „Aufschwung der Volkswirtschaft“ teil, stellen aber „keine einheitliche politische Kraft“ mehr dar, sondern sind gespalten in „fortschrittliche Teile“, die mit dem Regime zusammenarbeiten, und rückschrittliche, die ihre alte soziale Position zu erhalten bemüht sind. Soweit die Oelßnersche Interpretation.

Welches Bild der tatsächlichen augenblicklichen Klassenstruktur der SBZ ergibt sich dagegen aus der Analyse der Gesellschaftspolitik im Bereiche der Volkswirtschaft? Von besonderem Interesse ist zunächst die Entwicklung der Gruppe Arbeiter und Angestellte. Die bereits aus der Untersuchung der Wirtschaftsstruktur ermittelte Feststellung der Unterschiede in Einkommenshöhe, gesellschaftspolitischer Funktion und sozialem Rang der verschiedenen Arbeitergruppen läßt den Schluß zu, daß von einer einheitlichen Arbeiterklasse im sowjetischen Sinne in der SBZ nicht mehr die Rede sein kann. Rein zahlenmäßig ist die statistische Gruppe der Arbeiter und Angestellten seit 1946 zwar angewachsen: Gegenüber 5,476 Mill. im Jahre 1946 betrug die Zahl der Arbeiter und Angestellten am 30. September 1951 bereits 6,317 Mill.<sup>31</sup> von mehr als 8 Mill. Erwerbstätigen. Sie dürfte in der Zwischenzeit mit der industriellen Entwicklung noch um einige Hunderttausend gestiegen sein. Schon die amtliche Statistik aber läßt erkennen, daß 1951 4,180 Mill. im „sozialistischen Sektor“ und nur 2,136 Mill. in Privatbetrieben beschäftigt wurden. Daraus kann eine soziale Privilegierung von zwei Dritteln der Gesamtzahl der Arbeitnehmer geschlossen werden. Außerdem kann angenommen werden, daß die soziale Differenzierung zwischen „Produktionsarbeitern“ und Angestellten infolge der Zunahme der Erwerbspersonen im Sektor „öffentliche Dienste und private Dienstleistungen“ (allein zwischen 1946 und 1950 nach der amtlichen Statistik von 11 % auf 14 % der Erwerbstätigen) und infolge der wachsenden Bürokratisierung in der volkseigenen Industrie größer geworden ist. Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung unter den Angehörigen der Arbeiterklasse ergibt sich auch aus älteren Zahlen über die Einkommensverhältnisse dieser Gruppe<sup>32</sup>. Danach ist die Schichtung der Einkommen in der SBZ gegenüber 1939 stark abgeflacht, im Bereiche der Lohn- und Gehaltsempfänger ist aber nach 1950 infolge der Einführung des Leistungslohns und des Prämiensystems eine starke Differenzierung der Löhne und Gehälter eingetreten. Die Spanne zwischen den Einkommen der ungelernten und der gelernten Arbeiter, zwischen den Einkommen der Aktivisten und denen der Angestellten der Industriebürokratie und den Einkommen der unteren Arbeitergruppen hat sich beträchtlich erhöht.

Der wesentliche Unterschied der Klassenstruktur der SBZ gegenüber derjenigen der SU besteht darin, daß, wie bereits angedeutet,

<sup>31</sup> Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955, Wiesbaden, S. 540.

<sup>32</sup> Dorothea F a b e r, „Einkommenstruktur und Lebenshaltung in der SBZ“, in: Bonner Berichte, Bonn 1953; Bruno G l e i t z e, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951.

Restbestände der alten bürgerlichen Gesellschaft bisher die gesellschaftspolitischen Bestrebungen der kommunistischen Führung überlebt haben. Es gibt in der Zone immer noch Unternehmer, Kleinbürger, Handwerker, Kleinhändler, von der Gruppe der freischaffenden Intelligenz ganz abgesehen. Es gibt Sozialrentner (mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von derzeit 90,— DM) und sogar Arbeitslose (die Zahl wird annähernd auf 100 000 geschätzt). Im landwirtschaftlichen Sektor existieren, wie bereits betont, nach wie vor die Mittel- und Kleinbauern. Alle diese Gruppen besitzen einen zwar stark angegriffenen und eingeengten, aber bis zu gewissem Grade noch selbständigen sozialen Lebensstil. Der Prozeß der Vernichtung der selbständigen Existenzen (nach der amtlichen Statistik zwischen 1946 und 1950 von 1,263 Mill. auf 1,028 Mill. zurückgegangen<sup>33</sup>) ist seit 1946 nicht zur Ruhe gekommen. Inwieweit sich neben diesen Restbeständen der „bürgerlichen Klassen“ neue Klassenelemente im sozialen Raum der Zone angesiedelt haben, wurde bereits dargelegt. Man muß stark bezweifeln, ob z. B. die „Genossenschaftsbauern“ und die „Genossenschaftshandwerker“ bereits Übergangsklassen zur sowjetischen Gesellschaft darstellen. In ihrem sozialen Lebenszuschnitt dürften sie allerdings von den alten Klassen der bürgerlichen Gesellschaft abweichen. Daß die alte Oberklasse der Gesellschaft dieser mitteldeutschen Gebiete wie Großunternehmer, Finanzoligarchie und Großgrundbesitzer heute verschwunden ist, bedarf lediglich noch der Erwähnung.

Die soziale Absorption der „Umsiedler“ aus den ostdeutschen Gebieten (3,64 Mill. bis 1949; etwa 50 000 davon, ohne Familienangehörige, haben Neubauernstellen erhalten) hat ebenso wie die negative soziale Auslese durch den unaufhaltsamen Flüchtlingsstrom aus allen Bevölkerungsklassen nach der Bundesrepublik die Sozialstruktur der SBZ erheblich beeinflußt. Darüber hinaus kann man zusammenfassend feststellen, daß die soziale Mobilität in der SBZ in den vergangenen zehn Jahren verhältnismäßig groß gewesen ist: a) infolge der Entnazifizierung in der Anfangszeit, b) infolge der Deklassierung, der Depossedierung und Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen der Selbständigen, c) infolge der Verschiebung im sozialen Rang und der Schaffung neuer beruflicher Positionen und Funktionen im Bereich der „Planökonomie“, d) infolge der staatlichen Förderung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern und ihres Überwechsels in Berufe der Intelligenz und der höheren Bürokratie und schließlich e) infolge der „Kaderpolitik“ der führenden Partei, der „Massenorganisationen“ und der Staatsverwaltung.

---

<sup>33</sup> Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1955, S. 527.

Das zweifellos soziologisch interessanteste, sich aus dem Aufbau des Herrschaftssystems und der sozialen Organisation der „Planökonomie“ ergebende gesellschaftliche Phänomen ist die Herausbildung einer neuen Oberklasse der Zonengesellschaft. Sie wird in der kritischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung dieses Gebietes oft in Anlehnung an gleichlaufende soziale Prozesse in der SU als Klasse der „Funktionäre“, als herrschende Bürokratie oder, nach dem sowjetischen Sprachgebrauch, als „neue Intelligenz“ bezeichnet. Ohne Zweifel ist die Herausbildung dieser neuen Oberklasse in der SBZ, ebenso wie in der SU, ein wichtiges Symptom für die pyramidale Grundstruktur dieses Gesellschaftstyps. Um jedoch über Stellung und Funktion dieser neuen Klasse in der Hierarchie der sozialen Gruppen der SBZ etwas aussagen zu können, bedarf es zunächst der Untersuchung des zweiten wesentlichen Elements der Gesellschaftspolitik der Zone: der Aktivität und der Hierarchie der großen „Massenorganisationen“.

## 2. Organisationen überformen die Sozialstruktur

Wie bereits betont, ist eines der wichtigsten Kriterien für den totalitären Charakter eines politischen Systems der Umstand, daß die Träger der politischen Macht mit allen ihnen zu Gebote stehenden gesellschaftspolitischen Mitteln versuchen, die sozialen Beziehungen und Gebilde zu manipulieren und die unterschiedlichen Formen des sozialen Handelns zu kontrollieren. In einer voll ausgebildeten bolschewistischen Herrschaftsordnung darf es keine herrschaftsindifferente, neutrale soziale Sphäre geben. Die Mittel der „Planökonomie“ und der wirtschaftspolitischen Strukturpläne, so nachhaltig sie auch immer wirken, reichen nicht aus, um das Maß politischer Beeinflussung des gesellschaftlichen Geschehens zu erzielen, das erforderlich ist, um das menschliche Zusammenleben bis in seine intimsten Bezirke kontrollieren zu können.

Die Untersuchung des Herrschaftssystems der SU hat eindeutig klargestellt, daß in den unterschiedlichen bolschewistischen Systemen die politische Macht von einer bevorrechteten Minderheit ausgeübt wird. Um die komplizierte Maschine von Staat und Planwirtschaft lenken und kontrollieren zu können, bedarf diese Elite eines sinnvoll auf die gesellschaftspolitischen Aufgaben des Regimes sowie auf die Beziehungen zueinander abgestimmten Systems von Willensverbänden. Diese „totalitäre Organisation“ (H. Arendt), deren politisches und organisatorisches Kernstück die privilegierte Partei darstellt, setzt sich in der Sowjetzone wie in der SU aus den bereits genannten „Massenorganisa-



tionen“ zusammen, die als gesellschaftliche Satellitengebilde — ihrerseits von der Partei gelenkt und überwacht — die Aufgabe haben, Staatsbürger und Massen, Wirtschaft und Kulturinstitutionen in Bewegung zu bringen, d. h. anzuleiten, zu kontrollieren und zu „erziehen“. Das System dieser Organisationen stellt aber außerdem das zweite hervorragende Mittel in der Hand der politischen Führung dar, um die Gesellschaft und den Menschen umzugestalten.

Da die Machthaber der SBZ mit der Umbildung der SED zu einer „Partei neuen Typus“ nahezu alle Formen von „Massenorganisationen“ begründet und entwickelt haben, die in der SU seit langem bekannt sind, scheint die Annahme gerechtfertigt, daß die „totalitäre Organisation“ der Sowjetzone gleichsam komplett ist. Der Katalog der bestehenden Verbände reicht vom FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) mit derzeit 5,34 Mill. Mitgliedern von über 6 Mill. unselbständig Beschäftigten über FDJ (Freie Deutsche Jugend) und JP (Junge Pioniere) mit derzeit zusammen 3,5 Mill. Mitgliedern, dem DFD (Demokratischer Frauenbund) mit rd. 1,3 Mill. Mitgliedern (1954), die VdGB-BHG (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe — Bäuerliche Handelsgenossenschaft) mit schätzungsweise 500 000 Mitgliedern, die KDT (Kammer der Technik) mit 90 000 Mitgliedern (1953), die DSF (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft) mit 3,2 Mill. Mitgliedern (1953) bis zu dem „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, dem „Bund deutscher Volksbühnen“, der „Demokratischen Sportbewegung“ mit etwa 1,5 Mill. Mitgliedern, der wehrpolitischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), den der Partei angeschlossenen „Kampfgruppen“ der volkseigenen Betriebe und schließlich der Sammelorganisation aller Parteien und Massenverbände, „Nationale Front des demokratischen Deutschland“.

Neben diesen parteiamtlich sanktionierten Satellitenorganisationen existieren in der SBZ noch vier „bürgerliche“ Parteien (LDPD und CDU als ältere, NDPD und DBD als neuere, von der SED selbst ins Leben gerufene Gebilde). Auch die Kirchen und die meisten religiösen Sekten — eingengt auf „ungestörte Religionsausübung“, wie es in der „DDR“-Verfassung heißt — bestehen unter der latenten Kontrolle von Partei und Staat weiter. Wenn gelegentlich darauf hingewiesen wird, daß sich darin eine wesentliche Abweichung vom sowjetischen System der totalen kommunistischen Organisiertheit bekunde, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß die sog. bürgerlichen Parteien als politisch völlig einflußlose Gebilde im Schlepptau der SED das Treiben in den gelenkten „Massenorganisationen“ mit

kaum mehr funktionierenden Bremswirkungen mitmachen. Wenn sie überhaupt eine gesellschaftspolitische Funktion haben, so besteht sie darin, die von der SED organisatorisch nicht erfaßten Restschichten der alten Gesellschaft auf mildere Art mit den Segnungen des Systems vertraut zu machen. Die Kirchen können in der Intimsphäre des sozialen Lebens manche Härten zu mildern versuchen; auch mögen sie ein geistiges Refugium der am Zonenregime Verzweifelnden darstellen. Eine gesellschaftsgestaltende Funktion auf breiter Ebene haben sie nicht mehr, da der Radius der Widerstandsmöglichkeit sehr gering ist.

Als Kaderpartei nach bolschewistischem Muster auf Massenbasis entwickelt, wie die KPdSU als „Vortrupp der Arbeiterklasse“ und als „führende Kraft des Arbeiter- und Bauernstaates“ gegenüber ihren Anhängern legitimiert, vermag die SED auf Grund ihrer bevorzugten Stellung und Funktion im politischen System der Sowjetzone den gesellschaftlichen Strukturwandel auf verschiedenen Wegen entscheidend zu beeinflussen. Einerseits ist sie der politische Motor der „Planökonomie“ und des Verwaltungs- und Sicherheitsapparates — damit zugleich die oberste Kontrollinstanz für alle mit diesen Institutionen verbundenen gesellschaftspolitischen Maßnahmen —, zum andern aber bildet sie, wie bereits vermerkt, das Stützkorsett des ganzen Systems der „Massenorganisationen“. Die von ihr betriebene „Kaderpolitik“ (Auswahl, Training, politisch-gesellschaftliche Placierung und Kontrolle der Funktionäre des gesamten Herrschaftsmechanismus) bestimmt weitgehend Zielsetzung und Funktionsweise der Führungsapparate und Aktivistengruppen aller „Massenorganisationen“. Die Parteimitgliedschaft ist der Schlüssel nicht nur zum politischen, sondern auch zum sozialen Avancement. Als ausgesprochen politisches Werkzeug der kommunistischen Führungsgruppe ist sie aber kaum in der Lage, die engen Verbindungen zwischen der Herrschaftsspitze und den unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung herzustellen, die ihr notwendig erscheinen, um das System funktionsfähig zu machen. Um den politischen Willen der Führung auf die Massen übertragen und in allen Regionen des gesellschaftlichen Lebens die geforderte „gesellschaftliche Aktivität“ „entfalten“ zu können, bedarf die SED wie die KPdSU der „Massenorganisationen“ als eines Systems von „Transmissionsriemen“ (Lenin).

Bei den bereits aufgeführten Organisationen handelt es sich nicht um freie, sozial autonome Zusammenschlüsse, welche die Interessen ihrer Mitglieder notfalls auch gegenüber dem Staat vertreten könnten, sondern um soziale Zubringerorganisationen und Kontrollwerkzeuge. Die SED ist mit den „Massenorganisationen“ in vielfacher Weise ver-

zählt, etwa durch die Personalunionen der Führungsgruppen, durch die Zusammenarbeit in den scheinparlamentarischen Körperschaften, in der „Nationalen Front“ oder durch die „Anleitung“ der Kaderabteilungen der Verbände seitens der „LOPM“ („Leitende Organe in Partei und Massenorganisationen“), der einflußreichen personalpolitischen Abteilung der SED. Die Gründung freier sozialer oder kultureller Vereinigungen ist nicht erlaubt, und alle ehemaligen Vereine sind — bis auf wenige Verbände, wie die der Schriftsteller, bildenden Künstler und Tonsetzer — schon frühzeitig aufgelöst worden. Bezeichnend für die darin sichtbar werdende Tendenz, ursprüngliche und individuelle soziale Zusammenschlüsse der möglicherweise mit ihnen verbundenen sozial konservierenden Tendenzen wegen nicht aufkommen zu lassen, ist die „Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen“ vom 12. Januar 1949<sup>34</sup>. Im Text dieser Verordnung heißt es: „Wissenschaft, Kunst und Literatur müssen sich organisch in den Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft eingliedern und ihren Anteil an der Erziehung eines neuen Menschen und einer neuen Einstellung zur Arbeit leisten“; daher sei es notwendig, die „kulturelle Initiative der Werktätigen in den Betrieben und auf dem Lande“ zu fördern, d. h. „Massenkulturarbeit“ zu leisten. Kleine Vereinigungen von lokaler Bedeutung seien dazu aber nicht in der Lage, sondern nur die „Massenorganisationen“.

Die gesellschaftspolitische Tendenz dieses Erlasses liegt auf der Hand: soziale und kulturelle Aktivitäten, wie gruppenindividuell sie auch immer betrieben werden, müssen mit Hilfe von „Massenorganisationen“ an die Partei herangezogen und nach den Konzeptionen der Gesellschafts- und Kulturpläne beeinflußt und kontrolliert werden. Es darf kein Ausweichen von den Aufgaben der Plangesellschaft in eine soziale Isolierung geben. Auf jeder Stufe der sozialen Aktivität soll der Mensch in Bewegung gehalten werden; „gesellschaftliches Bewußtsein“ und „gesellschaftliche Tätigkeit“ sind durch entsprechende Organisationen so zu pflegen, daß sie allmählich die privaten Interessen und Hobbies durchdringen. Der Idealtypus dieser bolschewistischen Form der social control ist in den organisatorischen und sozialpädagogischen Maßnahmen des Zonenregimes leicht zu erkennen: ein Zustand der totalen Organisiertheit des Menschen und der Massen soll die Verankerung des Herrschaftssystems im Sozialgefüge begründen, soll die politischen Einrich-

<sup>34</sup>. „Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen“ in: Zentralverordnungsblatt, Teil I, 1949, Nr. 7, S. 67 f.

tungen und Maßnahmen mit Hilfe eines festen Gefüges organisierter oder durch Organisationen kontrollierter sozialer Beziehungen untermauern. Die „Massenorganisationen“ werden praktisch in allen Lebensbereichen eingesetzt und wirksam: in Betrieb, Beruf, Schule und Gemeinwesen, auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und der Technik, im Bereiche der Freizeit des Menschen und im umfassenden Sektor der nationalen Interessen. Im Prinzip ist jeder Einwohner aufgefordert, sich irgendeiner der Organisationen, je nach spezifischem sozialem Interesse, anzuschließen. Der Zustand der mehrfachen Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen ist dabei keine Seltenheit. Organisiertsein bedeutet für den Menschen in der SBZ Dabeisein, Beteiligtsein, es heißt soziale Chancen wahrnehmen bzw. sichern, soziale Risiken abwenden. Durch jede Form „gesellschaftlicher Tätigkeit“ in einer der Organisationen erbringt er den Nachweis des good will gegenüber den großen und kleinen Funktionären der politischen Macht. Jede Form der Beteiligung aber, selbst die gewöhnliche der mehr oder weniger passiven Mitgliedschaft, wird bezahlt mit der Unterwerfung unter das Reglement der tatsächlich durch die Organisationen ausgeübten sozialen Kontrolle.

Aus den Erfahrungen, welche die Bevölkerung der SBZ mit der Staatspartei und den Satellitenverbänden gemacht hat, kann leicht gefolgert werden, daß dieses System von Organisationen und der Zustand einer weitgehenden Organisiertheit imstande sind, die Sozialstruktur zu überformen. Wenn auch infolge der relativen Zurückhaltung im Verhalten breiter Mitgliederkreise die effektive Wirksamkeit vieler dieser Organisationen wesentlich begrenzter ist, als es in der offiziellen Propaganda zum Ausdruck kommt, so ist doch für den kritischen Beobachter des Organisationsgeschehens der Zone nicht zu verkennen, daß allein ihre Existenz und die von ihnen ausgehende Kontrolle des gesamten sozialen Lebens genügen, um ihre gesellschaftspolitische Funktion ersichtlich zu machen. Die Überformung der Gesellschaftsstruktur durch die Organisationen kann mit folgenden Feststellungen zusammenfassend verdeutlicht werden:

a) Die sozialstrukturellen Auswirkungen des Systems der „Planökonomie“ werden durch verschiedene „Massenorganisationen“ in ihrer innerbetrieblichen wie allgemein gesellschaftlichen Tätigkeit befestigt und ausgebaut. Es gibt in der SBZ keine „Planökonomie“ ohne Organisationen, die ihre Ergebnisse zu sichern bemüht sind. Der FDGB hat die sozialpolitische Funktion einer echten Gewerkschaftsbewegung längst aufgegeben<sup>35</sup>. Indem er seine Aufgabe in der Arbeitsanspornung

<sup>35</sup> Siehe Otto Stammer, „Die internationale Situation der Gewerkschaften in



der Betriebsbelegschaften, in der Erziehung der Werktätigen zu einem „neuen höheren Bewußtsein“ sieht, indem er sich dazu hergibt, ausführendes Organ der staatlichen Wirtschaftsbürokratie zu sein und z. B. die Aktivisten- und Neuererbewegung in den Betrieben zu organisieren, macht er sich zum Werkzeug des gesellschaftlichen Umbaus der Betriebe und der einzelnen Wirtschaftszweige. Ähnliche Feststellungen könnten über die Tätigkeit der FDJ im gesellschaftlichen Leben getroffen werden. Mit ihrer Hilfe werden aus dem Arsenal der jungen Generation soziale Sturmkolonnen von „Aktivisten“, etwa in Gestalt von „Jugendbrigaden“, entwickelt, deren Existenz auf die Dauer die Sozialstruktur auf der beruflichen Ebene verändern muß. Der FDGB fungiert zugleich als Vehikel in der Hand der Partei, um die Frauen als „gleichberechtigte Produktionsarbeiter“ in die Betriebe und das Wirtschaftsleben einzuordnen. Die „Frauenbedarfspläne“, die „Qualifizierungspläne“, die in Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsbürokratie aufgestellt werden, sind ein erster Ansatz, um die Frauen für „gesellschaftswichtige Tätigkeiten“ zu gewinnen und um den sozialen Schub der Frauen in leitende Stellen in Betrieb und Verwaltung zu verstärken.

b) Die „gesellschaftliche Tätigkeit“ verschiedener „Massenorganisationen“ stellt einen Einbruch in die persönlichen sozialen Beziehungen und die Intimgruppen der Gesellschaft dar, handele es sich nun um die Familienbeziehungen, die nachbarschaftlichen Verbindungen oder um die Gemeinschaftsformen der lokalen Gemeinden. Es kann in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen untersucht werden, wieweit es den führenden Instanzen der Sowjetzone bereits gelungen ist, mit Hilfe der Gesetzgebung und durch gesellschaftspolitische Maßnahmen die Familie zum „kleinsten Kollektiv einer Gesellschaft von Planarbeitern“ (Carola Stern) umzuformen<sup>36</sup>. Die Bestimmungen des neuen Familiengesetzes lassen jedoch eine solche Tendenz eindeutig erkennen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß so den Organisationen als Übermittlern des gesellschaftspolitischen Willens wichtige Aufgaben in der Offensive gegen die alte Familienform übertragen werden. Ebenfalls kann nicht übersehen werden, daß Verbände wie die FDJ oder die in viele Betriebssportgemeinschaften sich aufgliedernde „Demokratische Sport-

---

historischer Sicht: Die autoritären Systeme“, in: Drittes Europäisches Gespräch: Gewerkschaften im Staat, hrsgg. im Auftrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Wolfgang Hirsch-Weber, Düsseldorf 1955, S. 62 ff.

<sup>36</sup> Nach Maria Hagemeyer, Der Entwurf des Familiengesetzbuches der DDR, 2. Aufl., Bonn 1955, S. 13, hat der Oberste Gerichtshof der „DDR“ bei der Behandlung eines Ehescheidungsfalles den Grundsatz aufgestellt, daß die Behinderung der „gesellschaftlichen Betätigung“ eines Ehegatten durch den anderen eine schwere Eheverfehlung darstelle.

bewegung“ den Versuch unternehmen, die Freizeitaktivitäten der werktätigen Bevölkerung zu besetzen und so den Menschen auch im bisher noch freien Bereich seiner Lebensführung sozial zu binden. So wird beispielsweise der Betriebssport eindeutig als Integrationsfaktor gegenüber den Belegschaften und einem breiteren Sportpublikum gewertet<sup>37</sup>.

c) Die SED und ihre Satellitenorganisationen tragen durch ihre „Kaderpolitik“ und die Technik der von ihnen betriebenen „Kaderauslese“ wesentlich zur Untermauerung der neuen Klassenhierarchie der Zonengesellschaft bei. Wie noch im einzelnen darzustellen sein wird, ist es das Bestreben der politischen Führung, das Herrschaftssystem und die sich entwickelnde Plangesellschaft durch die Aufstellung eines leistungsfähigen Apparates politischer Kader sowie durch die Schaffung einer neuen technischen Intelligenz funktionsfähig zu machen. Die soziale Folge dieser energisch betriebenen Personalpolitik ist die Herausbildung einer in mehrfacher Beziehung privilegierten Elite<sup>38</sup>. SED und „Massenorganisationen“ fungieren im Bereich der gesamten Personalpolitik der „DDR“ als die wesentlichen Vehikel der Liquidierung der alten und der Entwicklung einer neuen sozialen Oberschicht.

d) Wie in der SU, so verbürgt auch in der SBZ nur die Zugehörigkeit zu einer oder mehreren Organisationen — bei entsprechendem verbandsgerechtem Verhalten — die soziale Sicherheit und die sozialen Chancen der Staatsbürger. Zugleich werfen sich die Verbände — in diesem Falle insbesondere die SED — zu Richtern über das soziale Verhalten und die gesellschaftliche Aktivität ihrer Mitglieder auf und versuchen auf diesem Wege, wenn auch oft mit sehr unzulänglichen Mitteln, durch „Reinigungen“ innerhalb ihrer Organisation die gesellschaftliche Basis zu verbessern, auf welcher der ganze Turmbau gesellschaftlicher Organisationen beruht. Zum Beispiel werden berufliche Position und soziales Prestige neu entdeckter Arbeitsaktivisten durch die Übernahme von Partei- und Verbandsmitgliedschaften verbessert. Die Mitgliedschaft in der SED wird als für die Betroffenen besonders ehrenvoll durch die Propaganda herausgestellt.

In diesem Zusammenhang sind Stellung und Aktivität des großen „überparteilichen“ Jugendverbandes FDJ besonders hervorzuheben. Wie in jedem totalitären Staat wird auch in der „DDR“ der in bezug

<sup>37</sup> Horst Geyer, Der Massensport und seine politische Funktionalisierung im Herrschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Phil. Dissertation, Freie Universität Berlin 1955.

<sup>38</sup> Siehe Joachim Schultz, Kaderpolitik: Elitenbildung und Bürokratisierungstendenzen in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ein Beitrag zur Problematik der Herrschaftsordnung in der sowjetischen Besatzungszone, Phil. Dissertation, Freie Universität Berlin 1955 (erscheint im laufenden Jahr als Band 8 der Schriftenreihe des Instituts für politische Wissenschaft, Berlin).

auf veraltete Werthaltungen verhältnismäßig unbelasteten jungen Generation in politischer, beruflich-wirtschaftlicher und sozialer Beziehung Chancen eingeräumt, die im Ergebnis zu einer gesellschaftlichen Privilegierung dieser biologischen Gruppe gegenüber der alten Generation führen. In der SBZ hat die FDJ als Wortführer der Partei geradezu eine soziale Offensive gegen die alte Generation eingeleitet, von der die politische Führung mit Recht annimmt, daß sie in vielen ihrer Vertreter noch am alten gesellschaftlichen Bewußtsein festhält. Jugendförderungsgesetz und Jugendförderungspläne sind das Werkzeug einer vom parteigelenkten Jugendverband weitergesponnenen gesellschaftspolitischen Aktivität, die — nach sowjetzonalen Angaben — in ihrem Ergebnis den Anteil junger Menschen an wichtigen beruflichen Positionen erheblich vergrößert hat. Man spricht für das Jahr 1952 von 35 000 Jugendlichen (im Alter von 14 bis 25 Jahren), die als Lehrer, von 45 000, die als Betriebsleiter, Ingenieure, Meister und Techniker, von 1332, die als Stations- und Kulturleiter in ländlichen MTS und VEG, von 8000, die in staatlichen Vertretungskörperschaften, von 1400, die als Bürgermeister von Gemeinden tätig sind. Die Zahl der Jugendbrigaden wird von Jugendführer Honnecker (IV. Parteitag der SED) mit 5800, die Zahl der jugendlichen Arbeitsaktivisten mit 40 558, die der jugendlichen Nationalpreisträger mit 26 angegeben. Müssen solche Zahlen auch mit aller Vorsicht behandelt werden, so ist doch aus den Flüchtlingsberichten zu entnehmen, daß die Stellung der Jugend im sozialen Geschehen der SBZ sich in den letzten Jahren beträchtlich verbessert hat. Die großen Organisationen tragen ohne Zweifel viel dazu bei; die FDJ aber wird als politisch-gesellschaftlicher Sprengkörper gegen die Restbestände alter sozialer Verhaltensweisen benutzt.

Angesichts der Bedeutung der SED und des Gefüges ihrer Satellitenorganisationen für die gesellschaftspolitischen Absichten der kommunistischen Führung erhebt sich die Frage, ob es eine Rangordnung unter diesen Organisationen, ob es besondere Grade der Organisiertheit und damit der sozialen Bewertung der Staatsbürger in der Zone gibt. Diese Probleme sind bisher mit wissenschaftlichen Mitteln noch nicht untersucht worden. Es liegen aber Beobachtungen über die Bewertung der Zugehörigkeit zu einzelnen dieser Organisationen vor, welche die Annahme des Bestehens einer solchen Rangordnung bestätigen. Daß die Zugehörigkeit zur SED prestigemäßig unter den Anhängern und Mitläufern des politischen Systems vor der Mitgliedschaft zu jeder „Massenorganisation“ rangiert, ist nicht zu bestreiten. Auch hat die Mitgliedschaft in Verbänden, wie beispielsweise

der FDJ, denen eine besonders offensive Funktion zugesprochen wird, sicher eine höhere Geltung als die etwa zur DSF. Es macht den Eindruck, als ob die DSF von vielen ihrer Mitglieder in ähnlicher Weise als unterster Rang des Organisiertseins angesehen wird wie in der nationalsozialistischen Zeit etwa der Reichsluftschutzbund, in dem in der Mehrzahl diejenigen organisiert gewesen sind, die sonst nirgendwo „drin waren“. Das Gefühl, als Mitglied einer Organisation, deren Zielsetzung von allgemein ideologischem Charakter unverbindlich ist, weniger belastet zu sein als in einem aktiven Verband, wird manchen Staatsbürger dazu ermuntern, sich gleichsam auf der Linie des geringsten Organisationszwanges zu organisieren. Zum großen Leidwesen der SED-Führung ist anscheinend bei der Mehrzahl der Mitglieder von „Massenorganisationen“, wie dem zahlenmäßig starken und dadurch organisatorisch schwer übersehbaren FDGB, das Motiv des Beitritts zum Verband eher im Genuß der sozialen Schutzfunktion des Organisiertseins zu suchen als in der Absicht, im Sinne der Zielsetzung der Organisation aktiv zu werden.

Abschließend muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß in der SBZ die Organisationswirklichkeit der Verbände in hohem Maße von den Anforderungen abweicht, welche das Regime an ihre politische und soziale Schlagkraft stellt. Wenn auch der größte Prozentsatz der Bevölkerung der Zone als in irgendeiner Beziehung organisiert, d. h. formal beteiligt, angesehen werden muß, so vermitteln doch alle Flüchtlingsberichte aus dem Verbandsgeschehen der Zone den Eindruck, daß das Organisationsleben keineswegs so intensiv ist, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die publizistischen Organe, insbesondere die Provinzpresse der „DDR“, sind angefüllt mit Artikeln innerorganisatorischer Kritik der SED und der Verbände. Man gewinnt daraus den Eindruck, daß die Mitgliederapathie sehr verbreitet und daß der organisatorische Schlendrian an der Tagesordnung ist. Die propagandistische Aufpeitschung der Organisationen zur Erhöhung ihrer gesellschaftspolitischen Schlagkraft gehört zum Rhythmus des öffentlichen Betriebes der SBZ. Soll das Verbandsleben nicht verharschen, so bedarf die „Massenorganisation“ der öffentlichen Anspornung ebenso wie der Wirtschaftsbetrieb und die Verwaltung.

Es ist bezeichnend für den Zustand in allen Institutionen des Herrschaftsgefüges, daß die Herstellung einer besseren Verbindung zwischen Führung, Funktionären und Mitgliedern, daß die „Sicherung der Durchführung der Beschlüsse“, die Erhöhung der Schlagkraft der Funktionäre als Diskussionsgegenstände nie von der Tagesordnung verschwinden. Ein Beispiel für den mutmaßlichen organisatorischen Zustand der Verbände und die Anstrengungen der Leitungen, die Ver-



hältnisse radikal zu verändern, bieten die Pressekommentare, die vor der Beschlußfassung über den Entwurf einer neuen Satzung des FDGB erschienen. So heißt es in der führenden theoretischen Zeitschrift dieser „Massenorganisation“<sup>39</sup>: „Die Stärke der Gewerkschaften besteht nicht allein in der Zahl, sondern vielmehr in der Aktivität ihrer Mitglieder. Die Festlegung im Satzungsentwurf gibt keinem Gewerkschafter das Recht, sich im Leben der Organisation passiv zu verhalten. Sie verlangt den Einsatz seiner Kräfte und Fähigkeiten, seiner Erfahrungen, seiner Kenntnisse im Interesse der Organisation der gesamten Arbeiterklasse!“

### 3. Konturen der neuen Oberklasse

Von kommunistischer Seite wird in Abrede gestellt, daß sich in der Sowjetgesellschaft eine soziale Oberschicht überhaupt entwickeln könne. Das Volkseigentum an den Produktionsmitteln und die Kontrolle des Zugangs zur Produktionslenkung durch die Arbeiter- und Bauernmacht, so wird behauptet, verhindern die Herausbildung einer neuen privilegierten Klasse. Diese Argumentation übersieht bekanntlich, daß sich auch bei kollektivem Eigentum die zur Leitung der Wirtschaftsprozesse und zur tatsächlichen Ausübung der politischen Herrschaft Berufenen zu einer sozialen Klasse herauskristallisieren können. In der Sozialwissenschaft besteht Einverständnis darüber, daß sich in der SU im Zuge der Verfestigung der politischen Apparatur und der Rationalisierung und Komplizierung des planwirtschaftlichen Mechanismus eine Schicht von führenden Funktionären entwickelt hat, die sich nicht nur durch ihre spezifische gesellschaftliche Funktion, sondern auch durch einen eigenen sozialen Lebensstil von den unteren Klassen unterscheidet. Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich auch in der Sowjetzone auf ähnlichem Wege wie in der SU eine Funktionselite herauszubilden beginnt, die viele Anzeichen einer neuen sozialen Oberklasse erkennen läßt.

Die Streitfrage, welche Bezeichnung man dieser herrschenden Schicht der Sowjetgesellschaft beilegen soll, um ihre gesellschaftliche Funktion und ihren sozialen Status am besten zum Ausdruck bringen zu können, ist in diesem Zusammenhang uninteressant. Die dieser Schicht Zugehörenden haben infolge der Gesamtverfassung der Plangesellschaft sowohl die sozialen Eigenschaften von Funktionären wie in der Mehrzahl der Fälle die von Bürokraten. Gleichwohl ist die soziale Gruppe, um die es hier geht, nicht restlos beschrieben, wenn sie etwa

<sup>39</sup> Kurt Meier, „Zum Entwurf der neuen Satzung des FDGB“, in: Die Arbeit. Monatsschrift für Theorie und Praxis der Deutschen Gewerkschaften, Jg. 9, Heft 5, S. 293.

pauschal als herrschende Bürokratie bzw. Funktionärschicht bezeichnet wird. Es ist deshalb in einem Kurzbericht über die Entwicklung der neuen Oberklasse in der SBZ vorteilhafter, sich an die Ausdrücke zu halten, die das kommunistische Regime zur Bezeichnung seiner Führungs- und Verwaltungsschicht selber verwendet. Die gebräuchlichsten Ausdrücke im Organisationsleben der Zone sind „die Kader“ und „die neue Intelligenz“ bzw. die „technische“ oder die „werk-tätige Intelligenz“.

Mit dem Ausdruck „Kader“ werden alle Personen bezeichnet, die bestimmte, niedere oder höhere Funktionen im tiefgestaffelten Führungs- und Lenkungsapparat des Herrschaftssystems — Partei, „Massenorganisationen“, Staat und Sicherheitsorgane — und des Mechanismus der Planwirtschaft übernehmen bzw. übertragen bekommen<sup>40</sup>. In der Terminologie der SED werden daher politische, wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und Verwaltungskader unterschieden. Im Grunde handelt es sich bei dem Ausdruck „Kader“ um einen gesellschaftspolitischen Begriff: ein „Kader“ sein, bedeutet also, eine Funktion übernehmen, die der Sicherung und dem Ausbau der Herrschaft bzw. der planrational bestimmten Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte des Landes dient. Es bedeutet zugleich, sich das zur Wahrnehmung dieser Funktion erforderliche „gesellschaftliche Bewußtsein“ anzueignen. In der Propaganda der Zone wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß Partei, „Massenorganisationen“, Staat und Wirtschaft ohne ein breites Reservoir fachlich geschulter und politisch-ideologisch trainierter „Kader“ nicht auskommen vermögen.

Da die „Kaderplanung“ und die „Kaderpolitik“ aller Organisationen und Institutionen der Zone die Übernahme von Funktionen auf mehreren — niederen, mittleren und höheren — Rängen vorsieht und da tatsächlich der einfachste Funktionär einer Grundorganisation der Partei ebenso „Kader“ sein kann wie der Betriebsleiter, der Universitätsprofessor oder der Minister, kann die mehrfach gegliederte Hierarchie der „Kader“ keineswegs als soziale Klasse bezeichnet werden. Die gesellschaftspolitische Funktion, welche die „Kader“ ohne Ansehen ihrer Stellung im Führungs- und Lenkungsapparat haben, würde es eher gestatten, diese Gruppe als politische Klasse im Sinne Gaetano Moscas anzusehen. Jedenfalls ist ein Verständnis für Auslese, Stellung und Funktion der „Kader“ nur dann zu gewinnen, wenn man sie in Beziehung bringt zu den in erster Linie kaderbildenden Formationen von Partei und „Massenorganisationen“.

<sup>40</sup> Vgl. dazu und zu folgendem M. G. Lange, E. Richert, O. Stammer, „Das Problem der ‚Neuen Intelligenz‘ in der SBZ“, in: Veritas, Justitia, Libertas, Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia-University New York, Berlin 1953, S. 191 f. — Siehe auch Joachim Schultz, a.a.O.

Es darf nun allerdings nicht außer Acht gelassen werden, daß mit der Übernahme einer Kaderposition in vielen Fällen eine Anwartschaft auf gesellschaftliches Avancement und soziale Privilegierung verbunden ist. Die oberen Ränge der Kaderstruktur — z. B. die leitenden Personen in Partei, Staatsverwaltung und Industriebetrieben — können ohne Bedenken der Oberklasse zugerechnet werden, da ihr sozio-ökonomischer Status, das ihnen mit ihrer Funktion gleichsam verliehene relativ hohe Sozialprestige und ihr gesamter Lebensstil sie deutlich von den anderen Schichten der Gesellschaft abheben. Der Sprachgebrauch in der Zone ist aber so unklar, daß diese „Kader“ höheren Ranges ohne weiteres auch zur „neuen Intelligenz“ gerechnet werden, bekleiden sie doch durchwegs Stellungen, die Intelligenzleistungen im kommunistischen Sinne erforderlich machen. Diese Spitzengruppen der Kaderhierarchie wären dann sowohl in ihrer Eigenschaft als Kaderelite als auch in ihrer durch besonders qualifizierte Leistungen für das System ausgewiesenen Eigenschaft als Intelligenz und kraft ihrer dadurch erlangten privilegierten sozio-ökonomischen Stellung als Oberklasse anzusehen. Der Übergang vom „Kader“ zur Intelligenz ist jedenfalls begrifflich fließend und im Sprachgebrauch der Zone unsicher.

Es ist nicht zu verkennen, daß Auslese, Training und Entwicklung der „Kader“ in allen Organisationseinheiten der Zone in außerordentlicher Weise gepflegt werden. An dieser Stelle kann auf die soziologisch sehr interessante Tätigkeit der Kaderabteilungen in Verwaltung, Partei und Verbänden nur kurz hingewiesen werden. Die sogenannte „Kaderplanung“ verlangt von den damit betrauten Funktionären in allen gesellschaftlichen Einheiten einmal ein unablässiges Bemühen, neue „Kader“ zu entdecken und zu entwickeln, zum anderen die bestehenden „Kader“ zu beobachten und zu erziehen. In der Technik der Auslese geht man von „Kaderbedarfsplänen“ und „Kaderreserveplänen“ aus. Man versucht, in sogenannten „Entwicklungsgesprächen“ die gesellschaftliche, politische und fachliche Eignung des Kandidaten zu prüfen, und führt schließlich über die Entwicklung der „Kader“ in jeder gesellschaftlichen Einheit eine sogenannte „Kaderkartei“<sup>41</sup>. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß der „Kaderspiegel“ einer gesellschaftlichen Einheit in Ordnung ist, d. h., daß die soziale Zusammensetzung einer Kadergruppe den Richtlinien der „Kaderpolitik“ entspricht, in denen eine Verstärkung des „proletarischen Elements“ innerhalb der Kaderstruktur gefordert wird<sup>42</sup>. Sogenannte „Kader-

<sup>41</sup> Die Angaben über die Kaderpraxis der SBZ werden erhärtet durch die Ergebnisse zahlreicher mit Sowjetzonen-Flüchtlings durchgeführter Interviews und durch Angaben aus der Zonenpresse.

<sup>42</sup> Otto Grotewohl behauptet in seinem Referat auf dem 25. Plenum des Zentralkomitees der SED (a.a.O., S. 3): „In den Organen unseres Staates ist die führende

instrukteure“ haben, beispielsweise in den Betrieben und Massenorganisationen, für eine fachliche und politische Qualifizierung der einzelnen „Kader“ Sorge zu tragen. Sie werden darin unterstützt durch das Erziehungssystem der SBZ, in dem das „Kadertraining“ in besonderen Schulungseinrichtungen forciert und in Form der „Sorge für den Kadernachwuchs“ sogar durch die allgemeine Schul- und Erziehungspolitik begünstigt wird<sup>43</sup>. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß in der SBZ in ähnlicher Weise, wie es bereits in der SU geschehen ist, die Einrichtungen und Maßnahmen der „Kaderpolitik“ zentralisiert werden<sup>44</sup>, um die von der SED dafür aufgestellten Normen in allen Bereichen des Organisationslebens zur Geltung zu bringen.

Die für die Kaderstruktur des politischen und gesellschaftlichen Führungsapparates gültigen Verhaltensnormen werden in der SBZ-Propaganda vielfach auch für die „neue Intelligenz“ verbindlich gemacht. Schon daraus wird ersichtlich, daß es sich bei dieser Gruppe nicht um eine Abwandlung der vorsowjetischen Form der freien Intelligenz handelt, sondern um eine besonders mit Hilfe des Kaderapparates sozial und politisch gebundene Intelligenz. Als Oberklasse ist diese, wie bereits betont, mit der politischen Elite eng verzahnte Intelligenz in ihrer sozialen Handlungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit gehemmt. Diese Bindung erfolgt sowohl durch den Autoritarismus der politischen Führungsspitze und den sozialen Zwang der Organisationszugehörigkeit als auch durch die Planungsrationaltät der anerkannten gesellschaftlich-politischen Ordnungsvorstellungen. Um den keineswegs immer ideologisch sattelfesten Vertretern der Intelligenz die Einordnung in das vorgegebene System der sozialen Zwänge schmackhaft zu machen, werden ihre Gehälter erhöht, wird ihre arbeitsrechtliche Stellung durch Einzelverträge mit Pensionsanspruch verbessert, erhalten sie eine Reihe sozialer Privilegien. Dadurch verbessert sich ihr sozioökonomischer Status und sie beginnen, ebenso

Rolle der Arbeiterklasse bei der Besetzung der Funktionen bereits weitgehend verwirklicht“; der „Anteil der Arbeiter bei den leitenden Mitarbeitern der zentralen Organe“ habe sich auf 60,5 Prozent, bei den Räten der Bezirke und der Kreise auf „über 50 Prozent“ erhöht. Lediglich „der Anteil der Mitarbeiter, die aus den Reihen der werktätigen Bauern kommen“ sei zurückgegangen. Grotewohl beklagt allerdings lebhaft die „hohe Fluktuation im Staatsapparat“, die „ein ernstes Hemmnis in der systematischen Entwicklung der Kader“ darstelle. — Die sozialen Chancen des Durchschnittsmenschen aus der unteren Schicht in der Praxis der Kaderpolitik der SBZ behandelt O. Stammer, „Der kleine Mann als Objekt der manipulierten Meinungsbildung in der SBZ“, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1953.

<sup>43</sup> Dazu M. G. Lange, E. Richert, O. Stammer, a.a.O., Kap. III; vgl. auch M. G. Lange, Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Schriftenreihe des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1954.

<sup>44</sup> Hermann Martin, „Die Kaderpolitik im Staatsapparat“, in: SBZ-Archiv, Jg. 6, Heft 13, S. 193 f.



wie der höhere Rang der „Kader“ einen Lebensstil zu entwickeln, der sich abhebt von dem der breiten Masse. Gehälter in Höhe bis zu monatlich 4000,— DM für „hochqualifizierte wissenschaftliche und ingenieurtechnische Kräfte“, bis zu monatlich 15 000,— DM für „besonders hervorragende Spezialisten“ dürfen nach dem Beschluß des Politbüros der SED vom 24. Juni 1952 schon seit dieser Zeit gezahlt werden<sup>45</sup>.

Die zunehmende Rationalisierung und Bürokratisierung des Herrschaftsapparates und des Wirtschaftssystems erhöhen auch in der SBZ den Bedarf an Wirtschafts- und Verwaltungsspezialisten, an Ingenieuren, Technikern, Betriebsleitern und Wissenschaftlern. Infolge der Flucht vieler der besten dieser beruflichen Spezialisten nach der Bundesrepublik ist der Bedarf an „neuer Intelligenz“ außerordentlich hoch. Die politische Führung hat sich jahrelang bemüht, die in der Zone verbliebenen Kräfte der sogenannten „alten Intelligenz“ durch Gewährung wirtschaftlicher und sozialer Privilegien und durch Anerkennung eines besonderen Sozialprestiges in den Lenkungsapparat der neuen Gesellschaft einzubauen. Infolge der Schaffung vieler neuer beruflicher Positionen und Funktionen wächst aber der Bedarf an vorgebildeten Spezialisten von Jahr zu Jahr, so daß die inzwischen nach sowjetischen Maßstäben herangebildeten Kräfte der „neuen Intelligenz“ praktisch mit denen der verbliebenen alten Intelligenzgruppen im Organisationsgetriebe von Verwaltung und Wirtschaft zusammengefaßt werden. Die ideologische Amalgamierung beider Gruppen ist allerdings eine schwere und bisher in der Gesellschaftspolitik der Zone noch keineswegs gelöste Aufgabe<sup>46</sup>. Was die Vertreter der „neuen Intelligenz“ bisher vielfach an fachlichem Wissen gegenüber denen der alten vermissen ließen, das versucht die Kaderschulung bei ihnen durch politisch-moralische Haltung auszugleichen. Die inhomogene Zusammensetzung der Gesamtgruppe der Intelligenz und die starke Fluktuation in den Intelligenzberufen und den höheren Rängen der „Kader“ weisen darauf hin, daß zwar die Konturen einer neuen Oberschicht in der SBZ sich bereits abzeichnen, diese Gruppe aber noch kein festes soziales Profil zeigt. Ohne Zweifel ist es der politischen Führung in hohem Maße gelungen, den Werktätigen einen Aufstieg in diese Funktionseelite zu ermöglichen, ohne daß jedoch in jedem Falle deren fachliche Qualität dem anerzogenen „gesellschaftlichen Bewußtsein“ entspräche. Die Grenzen zwischen der im ersten Abschnitt dieses Kapitels beschriebenen Arbeiteraristokratie und der „werkstätigen Intelligenz“

<sup>45</sup> „Über Maßnahmen zur weiteren Förderung der qualifizierten Facharbeiter, der Meister, der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz“, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Dietz-Verlag, Berlin 1954.

<sup>46</sup> Die sich aus dieser Amalgamierung von neuer und alter Intelligenz für die Gesellschaftspolitik der „DDR“ ergebenden Probleme werden behandelt in: M. G. L a n g e, E. R i c h e r t, O. S t a m m e r, a.a.O., Kap. IV.

— als dem Teil der „neuen Intelligenz“, der aus der Arbeiterklasse stammt und eine neue Haltung zur gesellschaftlichen Arbeit einnehmen soll — sind jedenfalls sehr locker gezogen<sup>47</sup>.

### III. Das „neue gesellschaftliche Bewußtsein“ und die Prestigestruktur

#### 1. Die Einordnung des Menschen in die organisierte Gesellschaft

Wie in jedem totalitären System genießt auch in der SBZ die junge Generation innerhalb des Herrschaftsapparates ein besonderes Ansehen. Fragt man danach, was die jungen Menschen dazu verführt, sich dem Zwang und der Gewissensknebelung, wie es den Anschein hat, leichter und bedenkenloser zu unterwerfen als die ältere Generation, so lassen sich viele Gründe dafür ins Feld führen. Die verführerische Wirkung dieses diktatorischen Systems liegt sowohl in der Lebenserleichterung, welche die erlernbare kommunistische Formel der Welt- und Gesellschaftsorientierung vermittelt, als auch in der dem Jugendlichen gebotenen erhöhten sozialen Chance, schnell zu höherem Einkommen, zu verantwortlicher Tätigkeit und zu gesellschaftlichem Ansehen zu gelangen. Die widerspruchslose Einordnung, die man vom Jugendlichen in der Schule, in seinem Jugendverband, im Betrieb und bei der Dienstleistung etwa in der Volkspolizei verlangt, wird erleichtert durch die Grundsätze und Lebensanweisungen einer gesellschaftlichen Moral, die ihm im Kollektiv mit den verfeinerten psychologischen Methoden der Anleitung zur Disziplin und zur Selbstidentifizierung mit der „Arbeiter- und Bauernmacht“ beigebracht werden.

Der wichtigste Faktor indessen, der viele der jungen Menschen zur bedingungslosen Unterordnung verführt, ist der dem Herrschaftssystem eigene politische und soziale Aktivismus. Umworben als „Kämpfer für eine neue Gesellschaftsordnung“ gegen „klassenfeindliche Saboteure“ ringsum, verfällt der Jugendliche leicht den fortwährend wechselnden Formeln, Alternativen, Kampagnen und Parolen zu zielgerichtetem, prestigeverheißendem Handeln. So gleitet er hinüber vom Mitläufer zum Kämpfer, ein Opfer des Systems von Anspornungen, dem die gesamte werktätige Bevölkerung im Betriebsgeschehen, im Organisationsleben, auf kulturellem Gebiet und nicht zuletzt im politischen Getriebe unterliegt.

<sup>47</sup> Im Beschluß des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED (a.a.O., S. 12) wird festgestellt: „Die Ausbildungen an den Hoch- und Fachschulen gibt noch nicht die Gewähr, daß diese Angehörigen der neuen Intelligenz im Geiste des Sozialismus erzogen werden.“ „Der Einfluß kapitalistischer Denkweise und des Spießbürgertums hindert die Entwicklung vieler junger Menschen.“ Man müsse dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit geben, „mit der Produktion und mit den Arbeitern und der technischen Intelligenz in den Betrieben in Verbindung zu kommen.“

Die Befestigung des Herrschaftssystems und die Umwandlung der Zonengesellschaft zu einer Sowjetgesellschaft sind nicht vorstellbar ohne diese mehrfache, kontinuierliche Anspornung des Menschen zur politischen Hingabe und zur Leistungsübersteigerung, die schließlich zur Selbstaussbeutung führen. Um aber diesen dauernden Anreiz zur Aktivität, zur Erhöhung der Anstrengungen für Politik und Arbeit, zur Überbietung des jeweils gesellschaftspolitisch Erreichten überhaupt möglich und die mit ihm verbundene stimulierende Propaganda erfolgreich zu machen, bedarf das Regime eines Systems von Werthaltungen, welche die Autonomie der Persönlichkeit zugunsten der „neuen Gesellschaft“ weitestgehend einschränken. Die Überlegenheit des „gesellschaftlichen Bewußtseins“ gegenüber den Postulaten einer individuellen Moral glaubt die herrschende Gruppe in der SBZ ebenso wie ihr sowjetisches Vorbild aus den Grundwerthaltungen und dem rationalen Kalkül der importierten bolschewistischen Ideologie ableiten zu können<sup>48</sup>. Danach hat der Mensch als Objekt eines vorausbestimmten geschichtlichen Entwicklungsprozesses, einer durch objektive gesellschaftliche Gesetze geformten Lebensordnung die Chance, zum Subjekt dieses Prozesses zu werden, wenn er mit Hilfe der Partei als der „führenden Kraft der Arbeiterklasse“ die ökonomisch-gesellschaftlichen Gesetze erkennt und die ihm in der „Generallinie“ der Partei präsentierte, in jeder politischen Situation erneuerte Formulierung der „Einheit von Theorie und Praxis“ vertrauensvoll als Richtschnur seiner Willensbildung entgegennimmt. Die gesellschaftspolitische Praxis erscheint dann jeweils als Anwendung der bolschewistischen Gesellschaftstheorie auf eine bestimmte ökonomisch-soziale Situation. Dem Menschen bleibt die Chance, seine persönlichen den überragenden gesellschaftlichen Werten und Interessen unterzuordnen und damit teilzuhaben am Aufbau der neuen Gesellschaft. Auf diese Weise wird die Funktionalisierung des Menschen in seinem Verhältnis zu Herrschaft und Gesellschaft schließlich zu einem legitimen Ziel des Systems der „Menschenformung durch Menschenführung“ und zu einem Grundwert der gesamten Erziehungspolitik<sup>49</sup>.

Welche Werthaltungen auch immer der bolschewistischen Ideologie zugrunde liegen oder aus ihr ableitbar sein mögen: im Zusammenhang mit dem Strukturwandel der Gesellschaft der SBZ interessiert in erster Linie die Frage, auf welchen Maximen der praktischen gesellschaftlichen Moral das System von Anspornungen sich aufbaut, das den Erfolg der Gesellschaftspolitik der Zone gewährleisten soll. Die sowjetdeutschen Theoretiker und Politiker werden

<sup>48</sup> S. auch M. G. Lange, Wissenschaft im totalitären Staat . . ., a.a.O., insbes. Kapitel I und II.

<sup>49</sup> S. auch M. G. Lange, Totalitäre Erziehung . . ., a.a.O., insbes. S. 57 f. und S. 220 f.

nicht müde, einen neuen Menschentypus und eine neue Einstellung zur Gesellschaft, zum Staate und zur Arbeit als Voraussetzung für das Gelingen ihres gesellschaftspolitischen Unterfangens zu proklamieren. Forderte noch vor vier Jahren der inzwischen politisch „kaltgestellte“ Rudolf Herrnstadt ein „höheres gesellschaftliches Bewußtsein“<sup>50</sup>, so stellt heute Fred Oelßner (a.a.O., S. 27) die „Entwicklung eines neuen sozialistischen Bewußtseins“ im volkseigenen Sektor der Produktion in Aussicht. Dieses qualifizierte gesellschaftliche Bewußtsein soll nun nicht etwa der Ausdruck einer einfachen sozialistisch-kollektivistischen Moral sein, die das Interesse des Ganzen vor die Interessen der Einzelnen und der Gruppen stellt. Wie zahlreiche Äußerungen führender Personen der „DDR“ erkennen lassen, handelt es sich vielmehr um eine von der politischen Macht deklarierte, interpretierte und verbindlich gemachte Bewußtseinsform, die das von der kommunistischen Führung bei bestimmten, vorgeschriebenen gesellschaftspolitischen Aktionen geforderte Verhalten jeder anderen Verhaltensform gegenüber sanktioniert.

„Das sozialistische Bewußtsein“, so wird in der Zonenpresse definiert<sup>51</sup>, „ist dort vorhanden, wo der Arbeiter in angestrengter Arbeit nicht nur mehr Kohle fördert und nicht nur bessere Waren produziert, um persönlich bessere Lebensbedingungen zu erhalten, sondern wo er sich für die Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht, für den Aufschwung der ganzen Wirtschaft, für das Wohlergehen aller Glieder der Gesellschaft interessiert und bemüht.“ Die Stufe des höheren Bewußtseins erlangt man also erst durch die Selbstidentifizierung mit dem politisch-gesellschaftlichen System. Das „sozialistische Bewußtsein“ — geweckt, erhalten und kontrolliert durch die Wächter des Systems, die Organisationen — impliziert ein Verhalten, das alles in Kauf nimmt, was im Interesse des neuen Staates und der neuen Gesellschaft auch an unmoralischen Handlungen im Sinne individueller Werthaltungen geschieht. Die geforderte Hingabe an die übergeordneten Werte und Interessen der Gesellschaft bedeutet also unzweideutig die unbedingte Einordnung in das von der SED und ihren sozialen Anhangsgebilden zusammengehaltene und gelenkte System der nach sowjetischem Muster umgeformten Gesellschaft.

Je nach Zahl und Bedeutung der Schwerpunkte und Engpässe der in der „DDR“ betriebenen Gesellschaftspolitik manifestiert sich das „höhere gesellschaftliche Bewußtsein“ in speziellen Formen der sozialen Moral. An der Spitze des Katalogs dieser von der Propaganda und den leitenden Organen unermüdlich interpretierten besonderen

<sup>50</sup> Rudolf Herrnstadt, Kollege Zschau und Kollege Brumme, Propaganda-Broschüre des Dietz-Verlages, Berlin 1951, S. 29.

<sup>51</sup> „In der politischen Diskussion nicht zurückweichen, sondern offensiv argumentieren“ in: Neuer Tag, Nr. 150 vom 30. Juni 1955, S. 3.



Moralkodices stehen verständlicherweise die „neue Arbeitsmoral“ und die auf die SED gerichtete „Parteimoral“. Ihnen folgen, bezogen auf Kollektiva vom kleinsten „Aktiv“ bis zur „Massenorganisation“, die „sozialistische Gruppenmoral“, auf kulturelle, nationale und über-nationale Gemeinschaftsform etwa die Moral des „neuen Humanismus“ und des „demokratischen Patriotismus“. Je mehr die politische Führung im Hinblick auf die für die Bestrebungen schwierige sozialpsychische Situation versucht hat, nicht originär bolschewistische Wertmaßstäbe ihrer Ideologie einzuverleiben, desto diffuser wird der Ausdruck der geforderten besonderen moralischen Verhaltensweisen.

**A r b e i t s m o r a l.** Angesichts der überragenden Bedeutung, die der Erfüllung der Wirtschaftspläne für die Sowjetisierung der Gesellschaft zugesprochen werden, ist es erklärlich, daß der Verbesserung der **A r b e i t s m o r a l** in der innerbetrieblichen wie in der außerbetrieblichen Propaganda eine besondere Beachtung zuteil wird. Es konnte bereits darauf hingewiesen werden, daß das Gelingen der planwirtschaftlichen Experimente weitgehend abhängig ist von einer Verbesserung der technischen, der wirtschaftlichen und der organisatorischen Voraussetzungen des Arbeitsprozesses, von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Leistungen. Ein an der Logik der Volkswirtschaftspläne orientiertes Handeln der Betriebsleitungen und der Belegschaften muß daher die bewußte Steigerung der Arbeitsleistung in Richtung des gesetzten Planzieles, die bedenkenlose Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen zur moralischen Grundlage des gesamten innerbetrieblichen Geschehens machen<sup>52</sup>. Von der Arbeitselite des Betriebes — den „Bestarbeitern“, den „Aktivisten“, den „Brigadiers“ — erwartet man daher eine für die gesamte Belegschaft beispielgebende Selbstvervollkommnung und Selbstüberbietung in der Arbeit. Der vorbildlichen Arbeitsgesinnung und der über die Norm gesteigerten Leistung werden die höchste Ehrung zuteil, welche die „DDR“ zu vergeben hat. Im sozialistischen Sektor, so meint Fred Oelßner (a.a.O., S. 38), „wird die Arbeit von einer Sache der Qual zu einer Sache der Ehre und des Ruhmes“.

Die Betriebe werden in eine Atmosphäre des Kampfes um die Erfüllung und die Übererfüllung der Pläne, der künstlich entfachten Leistungskonkurrenz versetzt. In der ihnen zugesprochenen Eigenschaft als „Schulen der Demokratie“ erwächst schließlich den Gewerk-

<sup>52</sup> Im Beschluß des 25. Plenums des Zentralkomitees der SED (a.a.O., S. 11 f.) werden „die Schaffung einer hohen Arbeitsmoral“ und die „volle Ausnutzung des Arbeitstages“ gefordert. Es wird festgelegt, daß „keinerlei Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin“ geduldet werden könne. „Derjenige, der die sozialistische Arbeitsdisziplin verletzt, den Staat betrügt, Volkseigentum vergeudet oder zerstört, handelt gegen die Interessen aller Werktätigen und schädigt seinen Arbeiter- und Bauernstaat.“

schaften die Aufgabe, die erforderliche Arbeitsanspornung auf dem Wege der Anleitung und Kontrolle mit Hilfe eines großangelegten Erziehungswerkes am arbeitenden Menschen zu unterstützen. „Auf sozialistische Art zu leben, fordert, auf sozialistische Art zu arbeiten“. so lautete eine der Losungen des IV. Gewerkschaftskongresses<sup>53</sup>. Die neue Arbeitsmoral wird zu einem wesentlichen Ausdruck des „höheren gesellschaftlichen Bewußtseins“, soweit der Werktätige die Selbstausbeutung seiner Arbeitskraft vor sich und anderen unter Berufung auf das Gedeihen der Arbeiter- und Bauernmacht, als dem höchsten Wert im politischen System der SBZ, zu rechtfertigen versteht.

**Parteimoral.** Die SED beansprucht, „die führende Kraft“ in Staat und Gesellschaft zu sein. Ein „freiwilliger Kampfbund gleichgesinnter Menschen“, wie es im neuen Statut der Partei heißt<sup>54</sup>, betrachtet sie sich als Motor des gesamten gesellschaftspolitischen Mechanismus. Es ist daher kein Wunder, daß angesichts einer solch umfassenden Aufgabenstellung dieser Partei im Bewußtsein ihrer Mitglieder ein besonders hoher Wert zugesprochen werden soll und daß der Typ des „Parteiarbeiters“ den Anforderungen einer Parteimoral unterliegt, welche die spezifischen, für das außerparteiliche soziale Leben geltenden Moralvorschriften weit übertreffen. Der „Parteiarbeiter“, so sagt z. B. ein politischer Funktionär<sup>55</sup>, muß zum „mobilisierenden, organisierenden und richtungweisenden Element“ seiner gesamten sozialen Umgebung werden. Von ihm wird verlangt, daß er die theoretische Einsicht in die Bedingungen des Parteihandelns verbindet mit einer alle Lebensgebiete umfassenden, gelenkten politischen Aktivität und Wachsamkeit.

Ein anderer Funktionär analysiert die spezifische Parteimoral, welcher der Parteiarbeiter unterliegt<sup>56</sup>, und stellt fest, daß das Vertrauen der Bevölkerung zur Partei nur zu gewinnen sei durch ein einwandfreies kommunistisches Verhalten ihrer Mitglieder. Als Kriterien dieses parteigemäßen Verhaltens werden dabei aufgeführt sowohl die Einstellung zur Arbeit und „zu allen Seiten des Kampfes“ als auch eine besonders harte Form der Disziplin, der „Ehrlichkeit“ und der Hingabe gegenüber der Partei, die „Unterordnung aller persönlichen Neigungen“, der „Haß gegen alle Feinde der Arbeiterklasse“ und ein „der kommunistischen Moral entsprechendes Familienleben“. Gefordert wird also eine totale, vertrauensvolle Unterordnung der

<sup>53</sup> „Nach dem IV. FDGB-Kongreß“ in: Neuer Weg, Heft 12, 1954, S. 706 f.

<sup>54</sup> „Statut der SED. Beschluß des IV. Parteitages am 5. April 1954“ in: Carola Stern, Die SED. Ein Handbuch über Aufgabe, Organisation und Funktion des Parteiapparates, Bonn 1954, S. 226 f.

<sup>55</sup> Helmut Schlemm, „Über die Darstellung des Parteiarbeiters in unserer neuen deutschen Literatur“, in: Neuer Weg, Heft 12, 1955, S. 747 f.

<sup>56</sup> Walter Buchheim, „Jeden Genossen zu einer hohen Parteimoral erziehen“, in: Neuer Weg, Heft 1, 1955, S. 42—43.

gesamten Lebensführung unter die Partei, die „immer recht hat“ und die sich zum Richter auch über das persönliche Verhalten ihrer Mitgenossen berufen fühlt. Der „Parteiarbeiter“ hat sich einer bewußten Disziplin zu unterwerfen; in der Treue zu seiner Partei zu jedem Opfer bereit, hat er in Gestalt von „Parteiaufträgen“ Verpflichtungen auf sich zu nehmen und gegebenenfalls Handlungen zu begehen, wie mit den in der Zonengesellschaft immer noch geltenden individuellen Moralauffassungen in Widerspruch geraten können.

**Gruppenmoral.** Wie bereits betont, hat Fred Oelßner im Auftrag der Parteiführung zu einer „Stärkung des sozialistischen Sektors“ der Wirtschaft in Stadt und Land aufgerufen. Dieser seither im Schulungssystem der Zone populär gewordene Appell soll eine moralische Offensive einleiten, die den „Kampf gegen vorhandene kapitalistische Anschauungen“ mit der Propagierung eines neuen Arbeitsethos und eines neuen Gruppenethos verbindet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß damit ein Feldzug zur moralischen Unschädlichmachung der Restbestände der alten Gesellschaft begonnen worden ist. Läßt schon das politisch-ideologische Training der „Kader“ in allen Organisationen und Institutionen erkennen, welche hohe Anforderungen in bezug auf Disziplin, gegenseitige Überwachung und Kontrolle, Selbstkritik und Härte in der Durchführung von Befehlen und Beschlüssen an diese Elite gestellt werden, so bietet die politische Erziehung der Jugend in der Schule und im Verband der FDJ ein treffendes Beispiel für die in vielen Organisationen der Zone manipulierte Gruppenmoral.

Die Zirkel der jungen Pioniere und der FDJ im Schulbetrieb stellen ebenso wie die Kollektive der FDJ-Gruppen ein gesellschaftliches Medium zur Aneignung eines den Jugendlichen konformen „gesellschaftlichen Bewußtseins“ dar. Die jungen Menschen sollen in ihren Gruppen für die Aufgaben vorbereitet werden, die ihrer beim Aufbau des Herrschaftssystems harren. Sie sollen für die Verhaltensweisen trainiert werden, die man von ihnen als den „Erbauern der neuen Gesellschaft“ erwartet. Auf der einen Seite bringt man ihnen die Aneignung der neuentwickelten Techniken des Organisationslebens bei<sup>57</sup>, trainiert man sie zur Aktivität bei Einhaltung strengster Disziplin im Kollektiv. Auf der anderen Seite wird versucht, die Lebensfreude dieser jungen Menschen mit den Kollektivinteressen in Einklang zu bringen, indem man beispielsweise der Kameradschaft und der Freundschaft als „wertvoller Gefühle für die menschliche Gesellschaft“ einen „gesellschaftlichen Inhalt“ beizulegen sich bemüht<sup>58</sup> oder die geschlechtliche Liebe als „gewaltige Kraft“ im Gruppenleben preist, soweit sie „auf gemeinsamer

<sup>57</sup> M. G. Lange, *Totalitäre Erziehung . . .*, a.a.O., S. 246 f.

<sup>58</sup> Günter Lange, „Kameradschaft und Freundschaft unter der Jugend“, in: *Junge Generation*, Beilage zu Heft 7, 1954.



ideologischer Basis, gemeinsamer politischer Tätigkeit und Gedankenwelt“ beruht<sup>59</sup>. Die einzelnen Gruppen und die Gesamtorganisation der FDJ erhalten die Funktion von Geburtshelfern eines die psychischen Voraussetzungen des Jugendlebens berücksichtigenden, harten, ausschließlich an den Interessen der neuen Gesellschaft orientierten „sozialistischen Bewußtseins“. Im Kollektiverleben sollen die Technik der Anleitung, der Übernahme von Aufträgen und Verantwortungen erlernt, der Wille zur qualifizierten Arbeitsleistung und zur „Verteidigung des Arbeiter- und Bauernstaates“ gestärkt und der Kampf gegen „kapitalistische Einflüsse“, „pazifistische und kleinbürgerliche Auffassungen“ aufgenommen werden<sup>60</sup>. Die „Vertrödelung der Freizeit“ erscheint als ein rückständiges Verhalten und die am Kollektivinteresse orientierte Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls auch außerhalb der Arbeitszeit als eine gesellschaftliche Tugend.

**P a t r i o t i s m u s.** Mit dem neuerdings in der SBZ bei mancherlei Gelegenheiten verwendeten Ausdruck „demokratischer Patriotismus“ soll zunächst das Nationalgefühl der Deutschen als ein besonderer gesellschaftlicher Wert im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands unter Führung der „DDR“ herausgestellt werden. Es ist aber erstaunlich, welche spezifischen, in ihrer Kombination typisch sowjetischen Wertsetzungen in dem ideologischen Sammelbegriff des „Patriotismus“ untergebracht und damit dem geforderten „höheren gesellschaftlichen Bewußtsein“ eingeordnet werden. Eine parteiamtliche Definition dieses Begriffes<sup>61</sup> läßt folgende Begriffs- und Wertelemente erkennen: Frie-

<sup>59</sup> Horst Birkner, „Liebe, Ehe und Familie. Die Liebe unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht“, in: Junge Generation, Heft 12, 1953, S. 10 f.

<sup>60</sup> Horst Schumann, „Die Partei verlangt große Anstrengungen zur Erziehung der Jugend“, in: Neuer Weg, Heft 8, 1955, S. 444 f.

<sup>61</sup> Aus Dokumente der SED, Band IV, a.a.O., Berlin 1954, S. 280. — Zur Vorbereitung des V. Pädagogischen Kongresses veröffentlicht die Deutsche Lehrerzeitung — Organ der Deutschen Demokratischen Schule (2. Jg., Nr. 44, Berlin, 29. Oktober 1955, S. 5) den „Entwurf einer Entschliebung zur Verbesserung der patriotischen Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“. Im ersten Absatz dieses Dokuments wird der Versuch gemacht, „Wesen und Inhalt der patriotischen Erziehung“ zu bestimmen: „Der Patriotismus, zu dem die deutsche demokratische Schule die Jugend erzieht, unterscheidet sich grundsätzlich vom bürgerlichen Nationalismus.“ „Die deutsche demokratische Schule erzieht solche Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die ein hohes Staatsbewußtsein besitzen und die DDR, das Vaterland aller Deutschen, kennen, lieben und schützen.“ „Sie erzieht junge Patrioten, die ihrem Volk, insbesondere der Arbeiterklasse und der Regierung unserer Arbeiter- und Bauernmacht treu ergeben sind, die aktive Kämpfer für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands . . . sind, die Kriegstreiber und Verräter der Nation hassen und gegen sie kämpfen, die begeistert sind von den Vorbildern des nationalen Kampfes unseres Volkes . . . , die erfüllt sind vom proletarischen Internationalismus . . . , die die schöpferische Arbeit als eine Sache der Ehre und des Ruhms betrachten . . . , die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen . . . , die aus hohem politischen Bewußtsein ihren Ehrendienst in den Reihen der bewaffneten Kräfte unserer Republik erfüllen.“



den, Heimat und Einheit Deutschlands — Unterstützung der kommunistischen „Patrioten“ Westdeutschlands — Treue zur „DDR“, zum Sozialismus und zur SED — stete Verteidigungsbereitschaft — Freundschaft zur SU und internationale Solidarität mit den Völkern des Ostblocks. Hier wird deutlich, wieweit ursprünglich nichtkommunistische Wertmaßstäbe, die im Begriff des Patriotismus impliziert sind, mit bolschewistischen Werthaltungen vermengt und zur „Stärkung des Staatsbewußtseins der Arbeiter- und Bauernmacht“ rezipiert werden. „Der demokratische Patriotismus“ fungiert in der Zonenpropaganda als Gegenwert des verabscheuten „kosmopolitischen Pazifismus“. Er ist ein begriffliches Pendant zu dem in Intelligenzkreisen oft berufenen „Humanismus neuer Prägung“<sup>62</sup>. Bei dieser Begriffsbildung versucht man ebenfalls typisch bolschewistische Wertsetzungen den klassischen Werthaltungen des Humanismus aufzupropfen.

Die sozialen Normen, die sich das Regime in der SBZ auf diese hier nur andeutend beschriebene Weise in Anlehnung an die SU geschaffen hat, dienen im wesentlichen einer breitangelegten gesellschaftlichen Erziehung des Menschen zum Konformismus. Der in den vorangegangenen Kapiteln beschriebene Zustand der weitgehenden Organisiertheit des Menschen, seiner alternativlosen Einordnung in die Berufs- und Funktionspyramide der Plangesellschaft, unterstellen ihn in Verbindung mit der fortwährend auf ihn einwirkenden Propaganda dem kaum zu widerstehenden sozialen Zwang, sich wenigstens teilweise mit den neuen sozialen Verhaltensnormen abzufinden. Diese Praxis der Teilidentifizierung mit bestimmten Erscheinungsformen des politisch-gesellschaftlichen Lebens hat in der bisherigen Entwicklung dazu geführt, daß verschiedene Grade und Formen des Konformismus zum mindesten geduldet werden. Über die auf diese Weise sich herausbildenden Typen der Anpassung an das herrschende System<sup>63</sup> ist bisher noch wenig wissenschaftlich gearbeitet worden. Obgleich ein großer Teil des gesellschaftlichen Lebens der Zone, vor allem im Bereich der intimen sozialen Beziehungen, sich immer noch, bestärkt durch das Beispiel der Bundesrepublik, an alten Werthaltungen orientiert, ist ein oppositionelles Verhalten aus Gründen der Existenzsicherung ebenfalls nur in partikularer Form möglich.

Eine der gebräuchlichsten Formen der Abweichung von den sozialen Verhaltensnormen des kommunistischen Regimes ist immer noch das Festhalten an altbewährten Denkgewohnheiten und sozialen Techniken, mit deren Hilfe sich der infolge der neuen sozialen Zwänge beunruhigte

<sup>62</sup> Karl K n e s c h k e, „Unser neuer Humanismus“, in Sonntag, Berlin, Jg. 10, Heft 24, S. 5.

<sup>63</sup> M. G. L a n g e, Totalitäre Erziehung . . ., a.a.O., S. 256.

Mensch im Getriebe der Plangesellschaft zurechtzufinden versucht. Die politische Führung hat sehr deutlich erkannt, welche Gefahren für das Funktionieren der neuen Ordnung in diesen systemfremden Werthaltungen beschlossen sind. Das beweisen die von ihr geführten propagandistischen Attacken gegen die konstruierten ideologischen Fetische des „Objektivismus“, des „Praktizismus“, des „Sozialdemokratismus“, des „Kosmopolitismus“, des „Nur-Gewerkschaftlertums“ oder des „Bürokratismus“. Hinter allen diesen Wort-Fetischen verbergen sich alte Werthaltungen und Verhaltensformen, die zu beseitigen auch innerhalb des Organisationengefüges bisher nicht gelungen ist. Trotz seines Verschwindens von der politischen Bühne bleibt in dieser Beziehung eine Feststellung Rudolf Herrnstadts äußerst aufschlußreich: „Wir alle kommen aus der Welt des Imperialismus, und der Durchschnittsbürger dieser Welt, der ungeschulte, ungeweckte, hält diese ihm geläufige Welt, so sehr er unter ihr leidet, für die ‚normale‘“<sup>64</sup>.

Stellt man schließlich die Frage, welche Sanktionen in der SBZ angewendet werden, um bestimmte Formen des abweichenden sozialen Verhaltens zu ahnden, so läßt sich die Antwort etwa in den nachfolgenden Kategorien zusammenfassen: a) innerverbandliche Sanktionen (etwa Verwarnung, Strafversetzung, Ausschluß, Ächtung), b) Anprangerung des abweichenden Verhaltens in der Öffentlichkeit durch „Entfesselung von Diskussionen“ oder persönliche Bloßstellung innerhalb des Kollektivs, c) soziale Isolierung und Vereinsamung durch mehr oder minder deutlich verhängte Berufsverbote oder Sperrung bestimmter Berufe, d) Entzug von Ausbildungs- und Aufstiegschancen für die Personen selbst oder ihre Kinder, e) Schädigung von Familienangehörigen oder von Freunden, f) Bestrafungen auf dem Rechtswege, etwa durch rigorose Anwendungen der Gesetze gegen Wirtschaftsverbrechen und Sabotage, und schließlich g) völlige Unschädlichmachung durch unbegründete Verhaftungen und langjährige Zuchthausaufenthalte.

## 2. Die Manipulierung des Sozialprestiges

Die Analyse der Sozialstruktur und der Bericht über die Werthaltungen und Verhaltensnormen der SBZ lassen deutlich erkennen, daß der sozioökonomische Status und das Sozialprestige des einzelnen Menschen und der gesellschaftlichen Gruppen, wie bereits eingangs bemerkt, von ihrem Anteil an der kollektiven Produktionsleistung und an der Sicherung des Herrschaftssystems und von ihrer Bereitschaft zur Aneignung der neuen Regeln des sozialen Verhaltens abhängen. In der Gesellschaftsordnung der Sowjetzone ist das soziale

<sup>64</sup> Rudolf Herrnstadt, Kollege Zschau und Kollege Brumme, a.a.O., S. 13.

Prestige des Menschen nicht, wie in einer freien Gesellschaft, der Ausdruck der Anerkennung seines aus eigener Kraft erworbenen sozialen Ranges seitens der Mehrheit der Bevölkerung. Die soziale Bewertung und Anerkennung einer beruflichen, organisatorischen oder politischen Funktion bzw. Leistung erfolgt hier vielmehr von oben nach Maßgabe des Nutzens, den das Herrschaftssystem daraus zieht, und der regimefreundlichen Einstellung, die als Motiv der vollbrachten Leistung erkennbar wird. Das Sozialprestige ist insofern nur verliehen; bei abweichendem Verhalten und Nachlassen der Leistung und im Falle der Mißliebigkeit des sozial Gewürdigten kann es jederzeit von oben her widerrufen werden. Zugleich wird das Sozialprestige manipuliert, indem neben dem für seine Verleihung bedeutsamen System des beweglichen Leistungslohnes, der Wettbewerbe und der sozialen Privilegien eine Rangordnung von Auszeichnungen geschaffen wird, deren Zuteilung in Verbindung mit einer oft erheblichen materiellen Besserstellung ausschließlich in der Kaderhierarchie von oben her bestimmt und kontrolliert wird.

Ingenieur Rosemarie Gutermuth, eine ehemalige Bauarbeiterin, die durch Übererfüllung der Normen und regimetreues Verhalten Karriere machte und zunächst zur „Verdienten Aktivistin“, dann zur Schichtmeisterin und zur Bauleiterin avancierte, schließlich mit Hilfe von Stipendien studieren konnte und nach Eintritt in den DFD und in die SED zur Referentin der Hauptabteilung Technik im Ministerium für Aufbau aufrückte, bekennt von sich: „Was ich bin und wie ich lebe, verdanke ich unserem Arbeiter- und Bauernstaat<sup>65</sup>.“ Sozialer Aufstieg und Erhöhung des Sozialprestiges erfolgen in diesem Falle genau nach den Kriterien der sozialen Patronage „entwicklungsfähiger einfacher Menschen“, deren Mangel an politischem Urteilsvermögen und an festen Werthaltungen eine günstige Voraussetzung für ihre Karriere sind. An diesem Beispiel läßt sich deutlich erkennen, daß die Selbstidentifizierung eines beruflich beweglichen Menschen mit dem politischen System bei auch nur einigermaßen guten Leistungen einen Schlüssel zur Erlangung der Anerkennung von oben darstellt. Dabei muß allerdings die Frage nach der echten Anerkennung von Stellung, Funktion und Leistung des Betreffenden durch seine soziale Umgebung mangels ausreichender Informationen aus dem gesellschaftlichen Alltag der Zone offenbleiben. Verhalten und Leistung im Beruf werden jedenfalls mit den Erfolgen „gesellschaftlicher Tätigkeit“ in der Partei und in den „Massenorganisationen“ verbunden. Es ist für die Frage der Kombinierung der Wertungskriterien bezeichnend, daß in einem ostzonalen Provinzbetrieb vor kurzem die Auszeichnung eines verdienten

<sup>65</sup> „Ingenieur Rosemarie Gutermuth — verdiente Aktivistin“, in: Die Wirtschaft 5. Mai 1955, S. 5.

Heizers mit der Begründung „wegen gesellschaftlicher Inaktivität und zu wenig Bindung an die Masse“ abgelehnt wurde<sup>66</sup>.

Der Katalog der auf Grund gesetzlicher Bestimmungen der DDR geschaffenen Auszeichnungen und Titel umfaßt mehrere Seiten. Da viele dieser Auszeichnungen sehr oft verliehen werden, läßt sich leicht ermessen, eine wie große Zahl von Arbeitern, Angestellten, Bauern, Technikern, Lehrern, Wissenschaftlern durch Auszeichnungen und die mit ihnen in den meisten Fällen unmittelbar oder mittelbar verbundene sozioökonomische Besserstellung einen besonderen sozialen Rang zuerteilt bekommt. Da gibt es — in der Rangfolge von unten nach oben — Bestarbeiter, Aktivisten, Verdiente Aktivisten, Verdiente Erfinder, Helden der Arbeit und Nationalpreisträger in der Produktion; Verdiente Bergleute und Meisterhauer im Bergbau; Verdiente Eisenbahner und Hervorragende Genossenschaftler, schließlich Meisterbauern und Verdiente Züchter in der Landwirtschaft. Der Verdiente Arzt des Volkes steht neben dem Verdienten Lehrer des Volkes, der Verdiente Techniker des Volkes neben dem Verdienten Wissenschaftler des Volkes. Auch Arbeitskollektive werden ausgezeichnet, so z. B. die Brigaden der besten und die Brigaden der ausgezeichneten Qualität, die Hervorragende Jugendbrigade der DDR. Daneben sind Diplome, Medaillen, Stipendien, Preise, Orden und verschiedenartige Ehrenzeichen eingeführt.

Die Verleihung aller dieser Auszeichnungen erfolgt durch Kommissionen, in denen Vertreter der Ministerien und staatlichen Institutionen und der Führung der „Massenorganisationen“ ihren Sitz haben. Die Auszeichnungen sind mit teilweise erheblichen Geldprämien verbunden: der Held der Arbeit bekommt 10 000,— DM, der Verdiente Arzt des Volkes 8000,— DM, und die Nationalpreisträger erhalten von 25 000 DM bis zu 100 000 DM steuerfrei. Sie bieten außerdem beachtliche berufliche und soziale Vorteile. So sind volkseigene Betriebe z. B. gesetzlich verpflichtet<sup>67</sup>, mit Ehrentiteln ausgezeichnete Belegschaftsangehörige zu fördern, „ihnen verantwortliche Stellen einzuräumen und sie ständig für diese zu qualifizieren“; die Wohnungsämter müssen ihnen im Bedarfsfall bevorzugt Wohnungen nachweisen, und in den Einrichtungen des „Feriendienstes der Gewerkschaften“ dürfen sie sich nach Zahlung von 30,— DM 14 Tage lang erholen. Einige Auszeichnungen und Ehrentitel, wie z. B. der des Verdienten Eisenbahners, können kraft Gesetzes wieder aberkannt werden, wenn der Ausgezeichnete „gegen die Interessen der DDR verstoßen hat“ oder „bewußt Arbeitszurückhaltung übt“<sup>68</sup>. Weder über die Quantität der verliehenen

<sup>66</sup> „In wenigen Tagen feiern wir den Tag der Aktivisten“, in: Schweriner Volkszeitung, Nr. 253, 8./9. Oktober 1955, S. 6.

<sup>67</sup> GBl 1950, Nr. 84, vom 5. August 1950, S. 717.

<sup>68</sup> GBl 1951, Nr. 57, vom 16. Mai 1951, S. 417.



Auszeichnungen noch über den Gesamtumfang der damit verbundenen sozioökonomischen Besserstellung oder etwa über die Anerkennung der Ausgezeichneten im Urteil ihrer Arbeits-, Berufs- und Verbandskollegen lassen sich genaue Daten aus der SBZ beibringen. Von welcher Bedeutung für den Gesellschaftsaufbau der Sowjetzone jedoch dieses System der Auszeichnungen, Prämien und sozialen Bevorzugungen ist, geht aus dem Aufsatz einer Gewerkschaftszeitung hervor<sup>69</sup>, in welchem es heißt: „Diejenigen, die vorbildliche Arbeitsleistungen vollbringen, die maßgeblichen Anteil an der Entwicklung und Festigung der Grundlagen des Sozialismus haben, [müssen] auch in materieller, sozialer und kultureller Beziehung besser leben . . . als die anderen; die gesellschaftliche Anerkennung muß ihnen ständig zuteil werden.“

---

<sup>69</sup> „Ehrung und Verpflichtung“, in: Das Gewerkschaftsaktiv, Jg. 4, 2. Septemberheft 1955, S. 1 f.